

Willy Brandt und die APO

Eine Dokumentation der
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

zusammengestellt von

Dr. Bernd Rother

Berlin 2008

Willy Brandt und die APO – eine kurze Einführung in die Dokumentation

In diesem Jahr gilt das Interesse vieler historisch-politisch interessierter Bürger den Ereignissen rund um das Jahr 1968. Für die BWBS lag es daher nahe, über ihr Internet-Portal einem breiteren Publikum eine Auswahl von Dokumenten mit Reaktionen Willy Brandts auf die Jugendunruhe der damaligen Zeit und die Außerparlamentarische Opposition (APO) zugänglich zu machen.

Als kurzer Einstieg in das Thema dient ein Auszug aus Dr. Wolther von Kieseritzkys Einleitung zu Band 7 der Berliner Ausgabe (Text Nr. 1). Es folgen sieben Dokumente aus Brandts Feder, in denen er sich mit der APO, den Studentenprotesten und dem gesellschaftlichem Wandel der damaligen Zeit beschäftigt. Hierin eingeschlossen ist eine Erklärung des SPD-Präsidiums (Text Nr. 3), als deren Autor der Parteivorsitzende Willy Brandt zwar nicht firmiert, deren Sichtweise er jedoch teilte.

Das letzte Dokument (Text Nr. 8) beinhaltet zwar im engeren Sinne keine Reaktion Willy Brandts auf „1968“. Da sich der damalige Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende jedoch hier mit den Positionen der Jungsozialisten auseinandersetzt, deren „Linkswende“ im Jahr 1969 zu den einschneidendsten Entwicklungen im Zuge des politischen Wandels in der Bundesrepublik vor rd. 40 Jahren gehörte, erschien die Aufnahme der Rede vor dem Bundeskongress der Jusos in Bremen am 11. Dezember 1970 in die Textsammlung sinnvoll.

Den Abschluss der Dokumentation bildet ein Sonderbeitrag: eine Reflektion von Herrn Professor Peter Brandt (Fernuniversität Hagen), Mitglied im Kuratorium der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, über das Verhältnis seines Vaters zur Jugendradikalisierung der späten sechziger Jahre (Text Nr. 10). Als einstiger Aktivist der APO und heutiger Historiker erwecken Peter Brandts Ausführungen besonderes Interesse.

Alle hier zur Verfügung gestellten Texte wurden bereits an verschiedenen Orten publiziert und sind urheberrechtlich geschützt. Gelesen und studiert in ihrem Zusammenhang bieten sie eine hervorragende Möglichkeit, Willy Brandts differenzierte Reaktion auf „1968“ nachzuvollziehen.

Verzeichnis der Texte

Nr. 1

Aus der Einleitung von Wolther von Kieseritzky zu Band 7 der Berliner Ausgabe: Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966 – 1974, Bonn 2001, S. 27 – 29

Nr. 2

16. April 1968

Schreiben des Vorsitzenden der SPD, Brandt, an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Schütz

Nr. 3

16. April 1968

Pressemitteilung des Präsidiums der SPD

Nr. 4

26. April 1968

Aus dem Interview des Bundesministers des Auswärtigen, Brandt, für die Zeitschrift „Quick“

Nr. 5

30. Mai 1968

Aus der Rede des Vizekanzlers und Bundesministers des Auswärtigen, Brandt, im Deutschen Bundestag

Nr. 6

13. Februar 1969

Aus den Ausführungen der Vorsitzenden der SPD, Brandt, auf der Sitzung des Parteirates der SPD

Nr. 7

März 1969

Aus dem Artikel des Bundesministers des Auswärtigen und Vorsitzenden der SPD, Brandt, für die Zeitschrift "bildung und politik"

Nr. 8

28. Juni 1969

Aus den Ausführungen des Vorsitzenden der SPD, Brandt, auf der Sitzung des Parteirats der SPD

Nr. 9

11. Dezember 1970

Aus der Rede des Vorsitzenden der SPD, Brandt, auf dem Bundeskongress der Jungsozialisten in Bremen

Sonderbeitrag

Peter Brandt: Willy Brandt und die Jugendradikalisierung der späten sechziger Jahre – Anmerkungen eines Historikers und Zeitzeugen, Berlin 2000

Nr. 1

Aus der Einleitung von Wolther von Kieseritzky zu Band 7 der Berliner Ausgabe:

Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966 – 1974, Bonn 2001, S. 27 – 29

In den Auseinandersetzungen von Staat und Gesellschaft mit den Protestbewegungen und dem Generationskonflikt am Ende der 60er Jahre war Brandts Haltung von zwei Tendenzen bestimmt: Zum einen zeigte er Verständnis für den Wunsch nach Veränderung, warb für seine Überzeugung, dass die Demokratie ein lebendiger Prozess sei und der Staat durchaus eine Portion Unruhe vertragen könne, ja dass eine solche Bewegung nicht einfach aufzuhalten sei. Zum anderen zog er kompromisslos die Grenze zu Gegnern der parlamentarischen Demokratie, beharrte auf Rechtsstaatlichkeit und staatlichem Gewaltmonopol, das er gegen jede Infragestellung verteidigte. Letzteres kam auch in seinen Bemühungen um organisatorische Abgrenzung zum Ausdruck: Nach der fortschreitenden Radikalisierung 1968 entzog die SPD dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) im März 1969 die finanzielle Unterstützung; die Bundesregierung strich dem Verband Deutscher Studentenschaften die Zuschüsse. Brandt änderte in dieser Hinsicht seine Haltung auch Jahre später nicht: Um den weiteren „Marsch durch die Institutionen“ zu erschweren, bedurfte es nach seiner Ansicht erneuter Grenzziehungen. Hierin lag ein Grund für seine Befürwortung des „Radikalenerlasses“ im Januar 1972, der endgültigen Trennung der SPD vom SHB (der sich nach einem verlorenen Rechtsstreit um seinen Namen in „*Sozialistischer Hochschulbund*“ umbenannte) im Juni 1972 oder der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber kommunistischen Gruppen.

Die „Außerparlamentarische Opposition“ bündelte verschiedene Protestformen, vom studentischen Protest gegen die Verhältnisse an den Hochschulen bis hin zur Revolution der Lebensstile; die Lust am Angriff auf das Establishment vermischte sich mit fundamentaler Kapitalismuskritik und dem engagierten und zornigen Protest gegen den von den USA mit äußerster Härte geführten Vietnamkrieg. Hinzu kam der Widerspruch vieler Menschen gegen die

Große Koalition, von Studenten und Akademikern, Gewerkschaftern, Intellektuellen aus Medien, Wissenschaft und Kultur. Sie einte zunächst die Überzeugung, dass die Koalition der beiden Großparteien SPD und CDU eine wirkungsvolle, kritische Opposition innerhalb des Parlaments unmöglich mache. Dies traf insofern zu, als die FDP-Fraktion so klein war, dass sie im Bundestag die entscheidenden Rechte der Opposition gar nicht wahrnehmen konnte: Sie besaß nicht die Sperrminorität, um Änderungen des Grundgesetzes zu verhindern, konnte weder Sitzungen des Parlaments oder die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragen noch Normenkontrollklagen vor dem Bundesverfassungsgericht erheben.

Für das Verhältnis der APO zum Staat sollte vor allem einem Ereignis weichenstellende Wirkung zukommen: Während der Demonstrationen gegen den Besuch des Schah von Persien am 2. Juni 1967 in Berlin erschoss ein Polizeibeamter den Studenten Benno Ohnesorg, ohne dass dieser irgendeinen Anlass gegeben hätte, zur Waffe zu greifen. Die Gewalttat war umso folgenreicher, als die Polizei zunächst versucht hatte, die Öffentlichkeit zu täuschen und die Schuld für das Geschehen dem Toten zuzuschieben. Die Radikalisierung der Studentenbewegung beschleunigte sich; im April und Mai 1968 spitzte sich die gesellschaftliche Auseinandersetzung zu und mündete in weitere Gewalt. Die verschiedenen Bewegungen in der APO und der Widerstand gegen die Große Koalition hatten sich durch innen- und außenpolitische Faktoren verstärkt – die Verschärfung der Kriegführung der USA in Vietnam, die Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung im Deutschen Bundestag und die Protestbewegungen in Amerika und besonders in Frankreich, wo es in Paris zu revolutionsähnlichen Vorgängen kam. Den von den Urhebern als Protest gegen den „Konsumterror“ bezeichneten Brandstiftungen in zwei Frankfurter Kaufhäusern Anfang April 1968, mit denen die Baader-Meinhof-Gruppe die Weichen für ihren Weg in den Terrorismus stellte, folgte am Abend vor Karfreitag das Attentat auf Rudi Dutschke. Die Tat, bei der Dutschke lebensgefährliche Verletzungen erlitt, deren Spätfolgen 1978 zu seinem Tod führen sollten, hatte ein aus München angereister Gelegenheitsarbeiter verübt. Dieser hatte sich in seiner Mordabsicht auch durch die – gegen die Studentenbewegung im Allgemeinen und gegen Dutschke im Besonderen gerichteten – Kampagnen von Zeitungen des

Axel-Springer-Verlags sowie der rechtsextremen „Nationalzeitung“ bestärkt gefühlt. Die durch den Anschlag ausgelösten Osterunruhen brachten ein ungekanntes Ausmaß an Protest und Hass, das Brandt veranlasste, die Gewalt zu verurteilen und alle Seiten zur Besonnenheit zu mahnen.

Nr. 2

Schreiben des Vorsitzenden der SPD, Brandt, an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Schütz

16. April 1968

AdsD, SPD-Parteivorstand, 6826.

Lieber Freund Schütz,

in der Anlage darf ich Dir die Stellungnahme des Präsidiums der SPD über die Ereignisse der letzten Tage übermitteln.¹

Zusätzlich erwartet das Präsidium, daß die zuständigen Behörden dafür Sorge tragen, daß Recht und Gesetz geachtet werden. Dies ist in erster Linie die Aufgabe der Polizeibehörden, die vor außerordentlich schwierigen Aufgaben stehen und die natürlich bei den organisierten, rücksichtslosen Angriffen auch immer wieder Gefahr laufen, hart zu reagieren. Die Beamten müssen in diesen schweren Tagen das Gefühl haben, daß die politisch verantwortlichen Männer ihre Leistungen schätzen, daß sie es aber genauso erwarten, daß sich die Beamten nicht provozieren lassen, sondern besonnen und umsichtig ihre Pflicht erfüllen.

Besonders wichtig ist, daß die Justizbehörden eng mit der Polizei zusammenarbeiten. Es kann nicht angehen, daß z. B. führende SDS-Funktionäre tagelang unbehelligt zu Gewalttätigkeiten aufrufen und öffentliche Vorbereitungen für eindeutig rechtsbrecherische Aktivitäten treffen.² Hier müssen Polizei und Justiz schon im Stadium der Vorbereitungen tätig werden. Wer die Rädelsführer in Ruhe ihre Vorbereitungen durchführen läßt, muß sich darüber im klaren sein, daß er die Chance versäumt, Gewalttätigkeiten im Keim zu ersticken.

Wir sind gewiß, daß allen unseren Freunden bewußt ist, welche besondere Verantwortung wir als Sozialdemokraten in diesen Tagen zu tragen haben.

Mit besten Grüßen

Willy Brandt

Nr. 3

Pressemitteilung des Präsidiums der SPD

16. April 1968

AdsD, WBA, A 11, ungeordnet.

Das Präsidium der SPD billigt die Erklärungen, die das Geschäftsführende Präsidiumsmitglied Alfred Nau am 12. und 13. April [1968] abgegeben hat³ und stellt fest: Die SPD lehnt mit aller Entschiedenheit Terror und Gewalttätigkeit ab. Wir Sozialdemokraten haben erlebt, wohin politischer Mord schon in der Weimarer Republik und insbesondere im nationalsozialistischen Unrechtsstaat geführt hat. Wir verabscheuen das verbrecherische Attentat auf Rudi Dutschke. Das Attentat hat mit Recht Empörung und tiefe Beunruhigung ausgelöst.

Eine kleine Gruppe radikaler Studenten, die sich vor allem im SDS organisiert hat, ist schon seit langem bestrebt, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen und die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu zerstören. Sie hat das Attentat zum Anlaß rechtswidriger Aktionen benutzt und dabei auch andere, die die Ziele des SDS nicht teilen, zur Mitwirkung verführt. Diesen Letzteren rufen wir nachdrücklich ins Bewußtsein, daß jeder, der sich zu Gewalttaten der Verwüstung, der gemeinschaftlichen Sachbeschädigung, der Brandstiftung und zum Landesfriedensbruch hinreißen läßt, nicht nur die Rechtsordnung verletzt, sondern auch der Sache der Demokratie großen Schaden zufügt, der er angeblich nutzen will. Was immer Anlaß zu Unruhe oder Unmut sein mag, kann nur in fairer Diskussion geklärt werden.⁴

Die SPD ist nach wie vor zum Gespräch mit jedem bereit, der zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht und die Rechtsordnung unverletzt gewahrt wissen will.

Uns in diesem Grundgesetz zusammenzufinden und seine Aussagen als Lebensform zu verwirklichen, ist die gemeinsame Aufgabe. Wir sind bereit, Kritik anzuhören und uns ihr zu stellen, aber wir haben auch selbst Fragen zu stellen.

Millionen von Gewerkschaftern, Kriegsopfern, Heimkehrern, Bergleuten, Taxifahrern, Bauern oder Studenten haben in den letzten Jahren ihr Recht auf friedliche Demonstrationen wahrgenommen, um damit nachhaltig für ihre Auffassung zu wirken. Die SPD wird nicht zulassen, daß dieses Grundrecht angetastet wird. Sie wendet sich aber mit aller Entschiedenheit gegen die flagranten, teilweise vorsätzlich organisierten Rechtsverletzungen, die es gerade in den letzten Tagen in großer Zahl gegeben hat. Das Recht auf Demonstration findet seine Grenze an der Verletzung von Freiheit und Rechten anderer.

Es darf keinen Zweifel geben: Die Autorität des Rechtes und die Autorität des Gesetzes muß mit großer Besonnenheit, aber ebenso auch mit großer Energie gewahrt werden. Die Polizei hat in den letzten Tagen und Nächten die Freiheit und die Rechte der Bürger nach besten Kräften geschützt. Die Aufgabe der Polizei ist in solchen Fällen besonders schwierig. Die SPD erwartet, daß auch in Zukunft die Freiheit und die Rechte aller Bürger geschützt werden, daß die Strafverfolgung von Rädelsführern und Gewalttätern zügig durchgeführt wird und daß bei Ankündigung gesetzeswidriger Handlungen bereits vor deren Ausführung zu ihrer Verhinderung eingeschritten wird.

Wir appellieren an alle demokratisch gesonnenen Bürger unseres Landes, den Feinden der Demokratie von links und rechts entschlossen entgegenzutreten. Das gilt für die NPD genauso wie für die Linksradi kalen.

Wir müssen daran erinnern, daß die Vorgänge der letzten Tage bedenkliche Erscheinungen in anderen politischen Bereichen überschattet haben.

Es besteht die Gefahr, daß solche Vorgänge gegen die Bundesrepublik Deutschland ausgenutzt werden. Die neuerliche Beschränkung des freien Zugangs nach Berlin sollte Mahnung an alle sein,⁵ zur Selbstbeherrschung zurückzufinden. Die Bundesrepublik Deutschland muß auch nach außen handlungsfähig und in ihrem Ansehen unbeschädigt bleiben.

Nr. 4

Aus dem Interview des Bundesministers des Auswärtigen, Brandt, für die Zeitschrift *Quick*

26. April 1968

SPD Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 198/68 vom 26. April 1968.

Frage: Nach den Ausschreitungen der letzten Zeit bei Studenten-Demonstrationen haben sich Politiker mehrfach geäußert und eingeräumt, daß von den Parteien und von der Regierung Versäumnisse vorliegen. Können Sie konkret sagen, was versäumt worden ist?

Antwort: Nun, es geht wohl zunächst darum, daß wir uns nicht genügend Zeit genommen haben, um der Kritik aus den Reihen der jungen Generation nachzugehen. Zum anderen ist der Wille zu gesellschaftlichen Reformen nicht deutlich genug geworden. Dabei geht es nicht nur, aber auch um die Hochschulreform.

Frage: Ihr Parteifreund und Amtsnachfolger in Berlin, Herr Albertz, hat mit seiner spontanen und pauschalen Rechtfertigung der Polizeimaßnahmen nach den Schah-Demonstrationen erhebliche Kritik ausgelöst. In den letzten Tagen bemüht sich Herr Albertz sehr ernsthaft, mit der außerparlamentarischen Opposition ins Gespräch zu kommen und einen neuen Anfang zu machen. Ist die Verhaltensweise von Herrn Albertz die Folge einer neuen Einstellung zur außerparlamentarischen Opposition bei der SPD?

Antwort: Nein, so ist das ja nun auch wieder nicht. Heinrich Albertz hat sich für seine Person, nicht für seine Partei geäußert. Im übrigen hat die SPD als erste der parlamentarischen Parteien im vergangenen Frühsommer den Dialog mit Vertretern der gesamten Studentenschaft aufgenommen. Die jüngsten Ereignisse unterstreichen die Notwendigkeit, solche Gespräche in Zukunft verstärkt fortzusetzen. Meine Freunde und ich sind nach wie vor zum Gespräch mit jedem bereit, der zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht und die Rechtsordnung unverletzt gewahrt wissen will. Natürlich haben die Ereignisse von Ostern die Situation nicht erleichtert. Aber gewiß müssen wir gerade jetzt eine Gesprächsbasis finden. Demokratie heißt: Einander zuhören können, miteinander zu sprechen, Meinungen auszutauschen, Argumente aneinander und

an den Tatsachen zu messen. Zu Gewalt, Terror und Provokation aber gibt es nur ein unerbittliches Nein!

Frage: Ist es richtig, daß durch die Haltung verschiedener Politiker in der Vergangenheit der außerparlamentarischen Opposition generell das Odium der Illegalität verliehen worden ist und sich hier ein Prozeß des Umdenkens eingeleitet hat?

Antwort: Ich habe nie behauptet, daß eine außerparlamentarische Opposition als solche illegal wäre. Eine Grenze allerdings gibt es: nämlich dort, wo aus einer außerparlamentarischen Opposition eine antiparlamentarische und antidemokratische Opposition zu werden droht. Ich wiederhole: Wir müssen zum Gespräch mit jedem bereit sein, der auf dem Boden unseres Grundgesetzes steht und Gewalttätigkeiten als Mittel der politischen Auseinandersetzung ablehnt. Wer sich aber der Gewalt bedienen will, wer bewußt die Rechte anderer verletzt und wer offen erklärt, daß es sein Ziel ist, unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen, mit dem wird sich nicht sinnvoll diskutieren lassen.

Frage: Nach dem Zusammenbruch hat es sehr lange gedauert, bis sich die junge Generation politisch engagierte. Worin sehen Sie den Grund, daß dies gerade jetzt und so intensiv geschieht? Unsere Demokratie ist wohl im Augenblick nicht schlechter als vor zwei Jahren.

Antwort: Nach dem Zusammenbruch waren wir alle zunächst einmal damit beschäftigt, die Trümmer beiseite zu räumen und einen neuen Anfang zu machen. Das war ein schweres Stück Arbeit. Daß sie geleistet werden konnte, dazu haben alle in unserem Volk beigetragen. Das hat viel Mühe gekostet. Die neue Generation, die jetzt heranwächst, weiß von alledem aus eigener direkter Erfahrung so gut wie nichts. Vielleicht verfällt sie deshalb zuweilen in den Fehler, diese große Aufbauleistung zu übersehen oder gering zu schätzen.

Wir messen das, was ist, an dem, was war. Die neue Generation mißt das, was ist, an dem, was sein könnte. Daraus ergeben sich unterschiedliche Betrachtungen. Aber das ist nicht schädlich. Im Gegenteil, wir Älteren brauchen die Herausforderung durch die neuen Fragen, Zweifel, Erwartungen und Forderungen aus den Reihen der jungen Generation.

Natürlich darf die Aufbauleistung für uns kein Grund sein, jetzt die Hände in den Schoß zu legen, aber man muß jungen Leuten auch sagen dürfen, daß sie

über all das nicht einfach hinwegsehen dürfen, als wäre es gar nichts. Natürlich ist unsere Demokratie nicht schlechter als etwa vor zwei Jahren. Es hat auf deutschem Boden noch nie eine Ordnung gegeben, die so viel freiheitliche Entfaltung möglich machte wie die der Bundesrepublik Deutschland heute. Das ist eine Tatsache, die niemand ernsthaft bestreiten kann. Aber vielleicht ist es auch eine Tatsache, daß manche darüber ein wenig selbstzufrieden geworden sind. Jedenfalls habe ich Verständnis dafür, daß junge Leute das, was wir aufgebaut haben, gerne besser und vollkommener hätten, als es ist. Das kann der Gesellschaft – wenn es ernsthaft begründet und vernünftig vertreten wird – nur nützlich sein.

Frage: Wie begründen Sie die erhebliche Diskrepanz der Auffassungen zwischen den Studenten und ähnlich Gesinnten einerseits und dem sogenannten Establishment andererseits? Ist das eine Generationsfrage?

Antwort: Ich glaube in der Tat, daß das zum größten Teil eine Generationsfrage ist, und zwar eine, die nicht auf Deutschland beschränkt ist. Es steckt darin viel Reaktion auf die Unsicherheit dieser Welt und auf die Erscheinungen der modernen industriellen Zivilisation. Darüber kann und muß man reden, ohne Überheblichkeit von der einen und ohne Besserwisserei von der anderen Seite. Jung sein allein ist kein Verdienst, genauso wenig wie das Alter allein ein Verdienst wäre.

Frage: Halten Sie es für möglich, daß durch die zum Teil noch recht unartikulierten Forderungen der Studentenschaft unsere derzeitige Politik belebt wird?

Antwort: Das glaube ich in der Tat. Wir müssen uns die Fähigkeit bewahren, genau hinzuhören und genau zu prüfen, ob nicht doch manches Beachtung verdient, was Studenten und andere junge Leute vorbringen. Ich unterstreiche: Wir Älteren brauchen die sachliche Herausforderung durch die junge Generation. Man schafft nicht Ruhe, sondern verursacht nur zusätzliche Unsicherheit, wenn man nur nach der Staatsautorität ruft oder wenn man gegen unbequeme Frager primitive Instinkte mobilisiert.

Frage: Werden die Forderungen der Studentenschaft es den Politikern leichter machen, einige „Heilige Kühe“ zu schlachten, d.h. Tabus abzubauen?

Antwort: Ungezügelter Demonstrationen und Gewalttätigkeiten bewirken

vermutlich das Gegenteil. Mit dem Schlachten der „Heiligen Kühe“ ist das übrigens so eine Sache. Man hat zwar im Moment die Fleischtöpfe voll, aber ob die eigentlichen Probleme damit gelöst sind, das ist noch eine andere Frage. Natürlich werden wir ständig unsere Positionen zu überdenken und zu überprüfen haben. Dabei kann die Kritik der Jungen hilfreich sein. Wenn es überlebte Positionen gibt, dann sollten sie überwunden werden. Aber es wird auch Positionen geben, die nur in Frage gestellt werden, weil sie schwierig sind und die wir im Interesse der Sache gleichwohl halten müssen. Das ist keine immer sehr dankbare Aufgabe. Aber wenn es richtig und notwendig ist, dann muß man das durchstehen, auch wenn einem dabei manchmal der Wind der Ungeduld und des Unverständnisses ins Gesicht bläst.

Frage: Haben Sie es als Vorsitzender der SPD schwerer, sich mit den Studentendemonstrationen auseinanderzusetzen, weil Sie als Koalitions-Partner Rücksichten auf überparteiliche Interessen nehmen müssen?

Antwort: Nein, diesen Zusammenhang sehe ich nicht. Es gibt „überparteiliche“ Interessen unabhängig davon, ob man in der Regierung ist oder nicht, d.h. Interessen der Verfassung und des demokratischen Staates. Jeder weiß, daß ich Vorsitzender der SPD bin und als solcher auch Mitglied der Bundesregierung. Meine Kollegen und ich vertreten die gemeinsame Regierungspolitik, die wir für richtig halten, mitgestalten und mitverantworten. Wir vertreten unsere eigenen Auffassungen, wo sie von denen der CDU/CSU abweichen. Meine Partei beansprucht für sich, Politik für das ganze Volk zu machen. Das mag ihr nicht immer gut genug gelingen; aber an dem ehrlichen und ernsthaften Bemühen kann es keinen Zweifel geben.

Frage: In einem Teil der Tagespresse wird forciert von dem Verhaften von Rädelsführern und raschen Reaktionen der Justiz gesprochen. Halten Sie das für die wirksamsten Mittel, dem Radikalismus zu begegnen?

Antwort: Wir wollen bitte nichts verniedlichen. Es hat schreckliche Verirrungen gegeben. Wenn jemand Gesetze bricht, muß er wissen, daß er dafür geradestehen hat. Der Respekt vor dem Gesetz muß notfalls erzwungen werden. Wer Brände legt, Menschen verletzt oder den Aufruhr organisiert (oder wer, wie im Falle Berlins, an einer Blockade seiner eigenen Stadt mitwirken will), muß dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Das gehört zu einem

rechtsstaatlichen Gemeinwesen. Aber ich bin gegen Sondergerichte ebenso wie gegen Sonderrechte. Mit dem Ruf nach der Staatsautorität, mit dem Pochen auf Ruhe und Ordnung allein ist es ohnehin nicht getan. Politische Aufgeschlossenheit und geistige Beweglichkeit müssen hinzutreten.

Frage: Bei einigen Ihrer Äußerungen, Herr Außenminister, wurde deutlich, daß für Sie die Studenten-Demonstrationen nicht nur einen politischen Faktor, sondern auch eine rein menschliche Frage darstellen. Worin sehen Sie den Unterschied zwischen dem Überzeugen von Wählern und der Aufgabe, junge Söhne zu überzeugen?⁶

Antwort: Grundsätzlich gibt es da keinen Unterschied.

[...]

Nr. 5

**Aus der Rede des Bundesministers des Auswärtigen und Vizekanzlers,
Brandt, vor dem Deutschen Bundestag**

30. Mai 1968

Stenographische Berichte 5. Deutscher Bundestag, 178. Sitzung, Bd. 67, S. 9625-9631.

[...]

Wir sind, meine sehr verehrten Damen und Herren, Zeugen einer erregenden, manchmal anstrengenden Unruhe der jungen Generation, die inzwischen über alle nationalen Grenzen hinausgewachsen ist. Sie findet in jedem Land andere Anlässe des Protestes. Zum Teil ist sie von dem Aufbegehren gegen das Gefühl getragen, der einzelne Mensch könnte zum manipulierten Rädchen in einer alles beherrschenden Technisierung unserer Welt werden. Sie lehnt ab, sich von Erfahrungen leiten zu lassen, die für sie Geschichte sind. Sie sucht nach Maßstäben und Werten, die über Wohlstandskategorien hinausgehen. Sie möchte Technik in den Dienst ihres noch unformulierten Willens stellen.

Ich sympathisiere mit dieser Strömung in der jungen Generation. Das weiß man. Ich wünsche, daß sie ihren Idealen näherkommen möge, als andere imstande waren, im Laufe jüngerer deutscher Geschichte die Ideale ihrer Jugend zu verwirklichen. Aber jedenfalls können wir doch sicher unbestreitbar feststellen – ich sage auch dies noch besonders nach Osten –, daß die junge Generation in Deutschland mit allem, was in ihr sich rührt, nicht wesentlich anders reagiert als die Jugend anderer Länder auch. In dieser Beziehung gibt es keine Isolierung, und das ist immerhin noch gut so.

Die demokratische Empfindlichkeit vieler in unserem Volk hat sich als leicht ansprechbar erwiesen. Das ist auch gut. Doch gehöre ich zu denen, die meinen, daß wir uns fragen müssen, was in unserem Staat nicht stimmt, noch nicht stimmt, wenn zuweilen ganze Gruppen von tiefem Mißtrauen erfüllt sind, wenn man dem Wort des anderen nicht mehr glaubt, wenn alle allen alles oder viele vielen vieles zutrauen. Ich deutete es aus meiner Sicht der Dinge schon an: der Angelpunkt vielen Streites, der um diesen Komplex bis zur Erschöpfung geführt worden ist, heißt Mißtrauen. Das ist gar nicht so verwunderlich. Denn wir Deutsche tragen nun einmal an der Last einer Geschichte, die uns schwere

Prüfungen auferlegt hat, aber im tiefsten Sinne nicht Vergangenheit geworden ist. Nach zwei Geschichtskatastrophen im Laufe eines halben Jahrhunderts sind wir allzumal gebrannte Kinder. Erinnerungen verfolgen und quälen uns. Wir sind von den Ereignissen zu tief geprägt, als daß wir Vergangenes ganz vergangen sein lassen könnten. So kommt es – auch bei dem, was uns hier bis in die letzten Stunden miteinander beschäftigt hat –, daß düstere Schatten des Schlimmen und Bösen auf uns lasten, daß wir Tabus und Traumata mit uns herumtragen. Wir geben uns redliche Mühe, die Wiederkehr dessen, was so verhängnisvoll war, zu vermeiden, und lassen uns dabei zuweilen den Blick für nüchterne Realitäten trüben. Wir sind in unserem Denken und Handeln eingeeengt, nicht immer wirklich frei. Es fehlt oft das rechte Augenmaß. Wäre es anders, hätten diese Vorsorgegesetze⁷ nicht so viele Emotionen auslösen können.

Beinahe fragt man sich, wie man noch überzeugen soll, wo nicht mehr, wo längst nicht mehr zugehört wird. (Sehr wahr! bei der SPD.) Wie soll denjenigen, die zu ihrer Verantwortung stehen, geglaubt werden, wenn der Buchstabe des Gesetzes die nachweisbare Verbindlichkeit des Schwarz auf Weiß verliert? Wir sollten freilich auch nicht die Frage überhören – sie anderen und uns selbst stellen –, ob in den zurückliegenden Jahren die Grundsätze der Machtkontrolle und der Wahrhaftigkeit in staatlichen Angelegenheiten hoch genug gehalten worden sind, um Schule machen zu können.

Wie wir alle habe ich in diesen Tagen viele Briefe bekommen. Ich habe sie so ernst genommen, wie sie gemeint waren, und dabei auch wieder einiges hinzugelernt. Tief berührt haben mich folgende Zeilen aus einem der Briefe – ich zitiere wörtlich diesen Satz; und nicht irgend jemand hat ihn geschrieben –: „Immerhin bin ich nicht durch Deutsche von den Nazis befreit worden, sondern durch Amerikaner und Engländer, und in diesem Sinne bleibe ich ganz und gar 1945er.“⁸

Dies und anderes hat mich nicht nur bewegt, erschüttert, sondern auch in der Überzeugung bestärkt, daß vieles doch noch notleidend ist im Verhältnis zwischen Staat und Teilen der geistigen Schichten, wohl auch der jungen Generation, wohl auch der Arbeiterschaft. Ich fürchte wirklich, daß uns weder die Bewältigung der Vergangenheit noch die Vorbereitung auf die Zukunft schon gut genug gelungen ist.

Nr. 6

Aus den Ausführungen des Vorsitzenden der SPD, Brandt, auf der Sitzung des Parteirates der SPD

13. Februar 1969

AdsD, SPD-Parteivorstand, PV-Protokolle 11/68-3/69.

Willy Brandt: [...] Diese Partei hat gezeigt und sie muß erneut zeigen, daß sie für den Schutz der Demokratie unabdingbar einzutreten weiß. Hier darf es keine Unsicherheit geben. So, wie es im Meinungsstreit, im Meinungsstreit ein betontes Recht von Minderheiten gibt, so gibt es dort, wo Meinungsstreit umschlägt in Gewalttätigkeit,⁹ nicht nur primär, sondern überhaupt das Recht der Angegriffenen, im demokratischen Staat. Ich meine also, den um sich greifenden Gewalttätigkeiten muß wirksam und einheitlich begegnet werden. Dabei kann es nicht zweierlei Maß geben. Dabei ist es wichtiger, bestehende Gesetze anzuwenden, als nach neuen zu rufen. Und vor allem darf mit den Erscheinungen, an die ich denke und über die ich spreche, nicht – und dabei denke ich nicht nur an das Wahljahr 1969, in dem wir stehen – damit darf die SPD nicht, auch nicht um die Ecke herum, identifiziert werden können. Das ist der Ausgangspunkt. Dabei muß man dann ergänzend wissen, daß die Auseinandersetzung mit Radikalismus und Terrorismus nicht allein eine Sache von Staatsbürgern sein kann. Sondern, daß sie vor allem auch sein muß, diese Auseinandersetzung, eine Sache des moralischen Engagements des Staatsbürgers. Und die SPD müßte sich an die Spitze dieses Engagements stellen. Aber ich sage auf einen möglichen Einwand hin, dabei geht's auch nicht nur um moralisches Engagement. Dort, wo wir, wie in einer Anzahl von Städten, dem systematischen Versuch der Störung von Versammlungen gegenüberstehen, und zwar in erster Linie gezielt auf Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei, da kann die Reaktion darauf überhaupt keine andere sein, als daß diese Partei, wenn sie nicht waschlappig erscheinen will, sich das nicht gefallen läßt. (Beifall) Und dafür sorgt, daß sie ihre Auffassungen vor dem Bürger so entwickeln kann, wie sie ein Recht darauf hat. Aber laßt mich auch ganz offen sagen, ich denke, unsere Partei – die SPD – ist keine Partei von Klageweibern. Und von Impotenzlern. Ja, aber dies noch in einer anderen Einsicht als der, an die der Zwischenrufer denkt oder eine Zwischenruferin. Wir haben zu fragen, was zu tun ist, und es dann auch zu tun. Wir haben auch zu fragen, was versäumt wurde und dann, wenn wir die Antwort darauf finden, Abhilfe zu schaffen. Wir haben auch in einer Zeit, wo wir Werte, Einrichtungen, Prozesse der Meinungsbildung schützen müssen, zu fragen, was das ist, was uns

an Tendenzen zunehmender Gewalttätigkeit begegnet, woher es kommt. Und so gut es geht, auseinanderzuhalten, das, was an Terror und manchmal auch an Perversion sich entfaltet. Das, was auch nicht bequem ist, aber was ganz anderes ist, nämlich ein extremes Infragestellen überkommener Werte und etablierter Ordnungen. Das ist nicht dasselbe, auch wenn es häufig sich aneinander einreihet und ineinander fügt. Und drittens: woher kommt das Gewährenlassen in einigen Gruppen und Schichten mehr als in anderen? Das heißt, woher kommt ein gewisses Eingebettetsein extremer Erscheinungen? Ich denke, wir müssen uns daran erinnern, daß die SPD für Schutz und Aufbau der Demokratie steht. Für Ordnung und Freiheit einsteht. Für Stabilität und Fortschritt eintritt. Und deshalb erscheint es mir so wichtig zu sein, daß in unserer Stellungnahme zu diesem Komplex auch die Gleichgewichtigkeit zum Ausdruck kommt, die in den eben genannten Begriffspaaren ausgedrückt sein soll. Zu einigen Diskussionen der letzten Zeit möchte ich sagen, wir sollten nicht glauben, daß die Zeit allein zum Jammern da sei. Und niemand, der sich in der Welt von heute umschaute, wird ganz leichte Antworten bei der Hand haben. Auf die Fragen, denen wir gegenüberstehen. Bekanntlich macht ein Prozeß der Gärung und des Aufbegehrens auch, wenn man so will, selbst vor den Kirchen nicht halt. Alte Autoritäten, das ist schmerzlich für manchen, werden an vielen Stellen der Welt, nicht nur bei uns in der Bundesrepublik Deutschland, in Frage gestellt. Respektlosigkeit – auch Hemmungslosigkeit – greifen um sich. Man spricht von einem anderen Lebensgefühl vieler in einer neuen Generation. Nicht nur bei uns, in vielen Teilen der Welt greifen Elemente der Verrohung und der Gewalttätigkeit um sich. Ich frage mich selbst, ob nicht mehr, als wir lange angenommen haben, von dem, was hierin steckt, von Vietnam ausgegangen ist. In der doppelten Hinsicht des nicht Verstehenkönnens und der täglich übermittelten Verrohung, wie es heute durch die modernen Massenkommunikationsmittel eben sehr leicht, sehr leicht an den Mann gebracht wird. Nun, ich komme gleich noch einmal darauf zurück, was meiner Meinung nach zu tun ist. Was ich nicht für richtig halte, ist folgendes: angesichts ärgerlicher, zum Teil empörender Vorgänge uns eine Existenzkrise des Staates einreden zu lassen. Das halte ich nicht für richtig und objektiv nicht für gerechtfertigt. Wer übrigens eine solche Existenzkrise des Staates unterstellen wollte, der würde noch mehr zugeben müssen, als ich es zugebe, daß die Ursachen dessen, womit wir uns befassen, woanders liegen müssen als bei einigen tausend oder einigen zehntausend in den Terrorismus gelegentlich abgleitenden Extremisten. Wenn wir zum Beispiel den Bereich der Universitäten nehmen. Wenn wir es dort beim Abschluß gerade dieses Semesters,

an einigen Stellen mehr, an anderen weniger, deutlich mit einer verstockten, in den Terrorismus abgleitenden Minderheit zu tun haben, mit der ein Gespräch sinnlos geworden ist, dann muß man doch auch eine Erklärung dafür bei der Hand haben, warum sich so relativ viele andere, wenn nicht mit dieser verstockten Minderheit solidarisieren, so doch es schwer haben, sich zu entsolidarisieren. Und, ohne daß ich dies durcheinanderbringen will mit der Frage des sich nicht nur Absetzens von dem, was verdammenswert ist, will ich doch keinen Hehl machen aus meiner Überzeugung, daß vieles, was diesen Entsolidarisierungsprozeß hemmt, damit zu tun hat, daß nicht unbedeutenden Gruppen in der jungen Generation unsere Gesellschaft nicht wahrhaftig genug erscheint, nicht aufgeschlossen genug erscheint und nicht reformfreudig genug erscheint. Ich frage mich, ob sich hier nicht noch Jahre danach manches von dem Denkfaulen rächt, was in dem Slogan ‚Keine Experimente‘ zum Ausdruck kam. Und ich frage mich, ob wir selbst ein ganz bis zuletzt ganz gutes Gewissen dabei haben dürfen. Ob wir selbst ganz Schritt gehalten haben oder – um eine andere Seite zu nehmen, die auch mal gesagt werden muß, weil sie einen relativ aktuellen Vorgang betrifft. Wie soll man eigentlich in einer schwierigen Situation der jungen Generation oder denen, die zu hören bereit und imstande sind, deutlich machen, daß diese Partei, obwohl sie nicht die Mehrheit hat im Parlament, in einem mühseligen Ringen und so, daß einem manchmal die Lust daran vergehen kann, aber daß sie im Vorgriff auf eine hoffentlich stärkere Position darum gerungen hat, nicht nur diesen Staat wieder in Ordnung zu bringen mit seiner Wirtschaft und seinen Finanzen, sondern die Voraussetzung zu schaffen für einige bedeutende Reformwerke. Was soll man denn eigentlich erwarten? Wenn daraufhin einige, die es besser wissen sollten, zum Beispiel an der Spitze großer gewerkschaftlicher Organisationen, nichts anderes als eine globale Vermiesung dieses Bemühens unter die Leute bringen. Das selbstverständlich in der psychologischen Landschaft, in der wir uns befinden, ähnlich wie die Notstandskampagne, dann einen Nährboden schafft bei anderen, die über weniger Voraussetzungen verfügen für das Verständnis politischer komplizierter, politischer Vorgänge und mühsamer Meinungsbildungsprozesse. Aber das ändert alles nichts daran. Wer Reformen will, der muß nicht nur über Reformen reden wollen, so wie jetzt seit vielen Jahren über die Hochschulreform geredet wird, sondern der muß verändern wollen. Mit verbalen Beschwichtigungen ist es da nicht getan. Und ich möchte hier ein Wort aufgreifen, das ich gestern im Parteivorstand verwendet habe, wir müssen der heimlichen Koalition, die es an den Universitäten gibt, zwischen den rückständigen und egoistischen Professoren einerseits und

terroristischen, nicht an Reform interessierten Studentengruppen andererseits, wir müssen dieser heimlichen Koalition, die zugleich unheimlich ist, eine Koalition der Reformer gegenüberstellen. Die Partei darf nicht müde werden in diesem ihren Bemühen, überall, wo sie für vernünftige Reformwerke Unterstützung finden kann, auch partiell zu kooperieren. Auch partiell zu kooperieren. Wer sich mit Gewalt revolutionär gebärden will, den muß man in diesem Anspruch ernst nehmen und entsprechend hart begegnen. Terror muß gebrochen werden. Da darf man nicht mit sich spielen lassen, und wer uns – wie auch immer motiviert – zum Hauptfeind erklärt, wird ohnehin nicht mit besonderem Langmut rechnen dürfen. Und wer sich nur mit solchen Erscheinungen auseinanderzusetzen hat, in der Art von Staat, in dem wir leben, der verdient dafür nicht getadelt zu werden, sondern der verdient Verständnis. Und die, die zum Beispiel da als Polizeibeamte ihren Dienst tun, müssen wissen, daß die Sozialdemokratische Partei hinter ihnen steht. Hinter ihnen steht. Das schließt gar nicht aus, daß es auch in solchen Bereichen immer mal wieder das eine oder das andere zurecht zu rücken gilt, das ist ja auch ein ganz verständlicher und nicht neuer Vorgang. Aber wenn es diese Solidarisierung nicht gibt, dann gibt es statt dessen eine Demoralisierung im Staat. Und dann wird es Zersetzungserscheinungen geben, die über die aktuellen Vorgänge weit hinausreichen. Wer sich nicht mit konkreter Politik auseinandersetzen will, mag dafür seine Begründungen haben. Aber er hat dann im demokratischen Meinungs austausch nichts zu suchen. Wobei ich übrigens – um auch das offen zu sagen – wobei ich immer noch einigen jungen Leuten eher einen Rabatt gewähre auf ihre Erkenntnisse und Entwicklungen in den kommenden Jahren, als mich mit denen zu solidarisieren, die hier am liebsten lebenslängliche Verurteilungen herbeiführen möchten, wie in manchen konservativen Schichten unseres Volkes es geschieht, während sie nicht mehr erinnert werden möchten, wie vor einer Generation nicht nur Steine geworfen worden sind und Fensterscheiben kaputtgemacht worden sind, was schlimm genug ist, sondern Millionen Menschen umgebracht worden sind und man es nicht – auch die Regierung hat bisher nicht die Kraft dazu gehabt – für richtig hält, dieses Kapitel bis zu Ende rechtlich auszustehen.¹⁰ Das gehört auch zu den Elementen dessen, was nicht zusammenpaßt. Und was mit zur inneren Unwahrhaftigkeit des Staates und der Gesellschaft führt. [...] Für den zur Revolution neigenden Teil in der jungen Generation, der nicht ganz identisch ist mit dem auf Gewalttätigkeiten festgelegten, bedarf es auch in der Partei größeren Wissens, größerer geistiger Kapazität in der Auseinandersetzung mit den Ideen, abstrus, wie sie manchmal sein mögen. Mit anderen Worten, es gehört für mich mit zu den Lehren übrigens des

Kongresses mit der jungen Generation, den wir neulich hatten,¹¹ daß, obwohl eine ganze Anzahl loyal zur Partei stehende junge Menschen da waren, die Bereitschaft und Fähigkeit, sich auseinanderzusetzen, unterentwickelt war[en], offensichtlich unterentwickelt war[en]. Wir brauchen eine genügend, eine genügend große Zahl gerade auch von jungen Menschen, die neben den Fragen der Tagespolitik nicht nur Bescheid wissen über das, <was man die Tomologie des Kommunismus nennen könnte – Entomologie ist bekanntlich Insektenkunde, dann wird klar, was Tomologie heißen soll →¹², sondern die auch sich mit dem Anarchismus auseinandersetzen können, mit dem sich die Partei ja in ihren frühen Jahrzehnten schon lange – nebenbei gesagt, sogar auf Parteitag – auseinandersetzen müssen.¹³ Liebe Genossen, nicht Kleinmut, nicht ein Sicheinengen und Verkrampfen, schon gar nicht Fatalismus ist die angemessene Antwort auf die Art von Herausforderung, mit der wir es zu tun haben, sondern ein kämpferisches Selbstbewußtsein, zu dem auch gehört – und hier auch die Bitte um das Nachdenken, die Bitte vor allem an die Bezirksvorsitzenden – es gehört dazu auch, zu zeigen, wie stark wir sind. Die Mehrheit muß zeigen, wie stark sie ist. Durch ihre Veranstaltung. Das wird es übrigens auch leichter machen, einen Vorgang abzuwickeln, den wir ohnehin vorgenommen haben. Das ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, aber es gehört mit in den Parteirat. Mit denen, die für Funk und Fernsehen – vor allen Dingen für das Fernsehen Verantwortung tragen – nach den Erfahrungen des letzten Jahres erneut zu sprechen, um den Versuch zu machen, sich darüber zu verständigen, ob die Wertigkeit und Gewichtigkeit von Nachrichten nicht heute anders zu sehen ist als vor einem Jahr und ob nicht der Effekt des Fernsehens als Verständigungsinstrument zwischen den Angehörigen extremer Minderheiten ernster genommen werden muß. Aber ich sage für die Präsentation dessen, was interessant ist in unserem Volk, gehört auch, daß die SPD nicht erst im Wahlkampf, sondern vorher zeigt, daß sie lebendig und wie stark sie ist. Alle Bemühungen, die allein polizeilich und disziplinarisch bestimmt sind, werden meiner Überzeugung nach scheitern. Wir dürfen uns bei der klaren Abgrenzung, von der ich spreche, von den eigentlichen Aufgaben nicht abbringen lassen, wir dürfen in einer solchen Auseinandersetzung das Bild der Reformpartei nicht verdunkeln lassen. Nur so kann ich mir die Führung eines Wahlkampfes vorstellen, nur so – noch genauer gesagt – kann ich ihn mitführen, nicht anders. Dabei bleibt richtig, daß die Extremisten einander in die Hände arbeiten. Nicht richtig ist es, auf Grund der momentanen besonders herausfordernden, empörenden, zerstörerischen Aktivitäten anarchistischer oder ähnlicher Provo[kationen] den Rechtsradikalismus weniger ernst zu nehmen. [...]

Nr. 7

Aus dem Artikel des Bundesministers des Auswärtigen und Vorsitzenden der SPD, Brandt, für *bildung und politik*

März 1969

bildung und politik 5 (1969), 3, S. 43-46.

Wir brauchen eine Koalition der Reformwilligen

Die Krawalle und Gewalttätigkeiten in unseren Universitätsstädten sind nicht nur ein studentisches Problem. Sie sind auch nicht nur ein deutsches Phänomen.

Die Krawalle und Gewalttätigkeiten mit ihren terroristischen und psychopathischen Begleiterscheinungen werden von der Bevölkerung in zunehmendem Maße als unerträglich empfunden. Sie haben den Ruf nach Gesetz und Ordnung lauter werden lassen.

Die Krawalle und Gewalttätigkeiten schaffen ein Klima, das den überfälligen Reformen nicht förderlich ist, sondern sie erneut zu hindern droht. Sie spielen also eine objektiv reaktionäre Rolle.

In dieser Lage war es wichtig, daß die Führungskörperschaften der SPD – am 13. Februar [1969] – nicht allein die Beunruhigung über die Aktionen einer in den Anarchismus abgleitenden Minderheit artikulierten. Sie haben sich gleichzeitig über „die träge Entwicklung der Universitätsreform“ besorgt gezeigt, die der unverantwortlichen Minderheit Vorwände für Gewaltaktionen verschafft.¹⁴

Die sozialdemokratischen Führungskörperschaften haben sich gerade in dieser Lage zu ihrem Reformwillen bekannt und betont, daß sie sich weder durch konservative Unvernunft – „keine Experimente“! – noch durch extremistischen Radau auf einen falschen Weg drängen lassen werden. Sie haben, gerade weil sie ihren Reformauftrag ernst nehmen, allen denjenigen ihre Unterstützung zugesagt, „die das Recht als die Grundlage unseres freiheitlichen Zusammenlebens konsequent verteidigen“.¹⁵

Dies ist ein kritischer Zeitpunkt. Ich fühle mich als Vorsitzender der SPD verpflichtet, an alle Beteiligten zu appellieren und sie zu bitten, ernste Fehlentwicklungen vermeiden zu helfen:

Mein erster Appell richtet sich an die breite Öffentlichkeit in unserer

Bundesrepublik. Man darf nicht den Stab brechen über der studentischen Jugend in ihrer Gesamtheit. Wir dürfen vor allem auch keine Kluft entstehen lassen zwischen Universitäten und Arbeitnehmern. Aber es gilt deutlich zu machen, daß wir mit den Hochschulen nicht nur als Steuerzahler, sondern auch als vorausschauende Staatsbürger verbunden sind. Aus dieser Sicht und Verantwortung darf man erwarten, daß die Freiheit des Lehrens und des Lernens an allen Hochschulen garantiert wird; daß die Universität nicht zum Tummelplatz der Revolte gemacht wird; und nicht zuletzt, daß die im Interesse der Gesamtgesellschaft liegende Universitätsreform endlich vorankommt.

Mein zweiter Appell richtet sich an alle, die mithelfen wollen und können, ein Abgleiten in Gewalt und Rechtsbruch zu verhindern. Wer zu ungesetzlichen, zerstörerischen Handlungen aufruft oder sich daran beteiligt, muß zur Rechenschaft gezogen werden. Wenn Polizeibeamte tätig werden müssen, um die rechtsstaatliche Ordnung zu sichern, dürfen sie sich nicht im Stich gelassen fühlen. Bevor man neue Gesetze macht, müssen die bestehenden angewendet werden. Sie müssen vernünftig, aber mit Nachdruck angewendet werden. Alles andere führt zu einer Zersetzung und Demoralisierung, und davon profitiert allein die Reaktion.

Mein dritter Appell richtet sich an diejenigen, die erkannt haben oder jetzt erkennen, daß eine heimliche Koalition zwischen Konservatismus und Revoluzzertum den Weg nach vorn blockiert. Demgegenüber brauchen wir die Koalition der Reformwilligen. Hier geht es nicht um eine neue Organisation. Hier geht es um ein vernünftiges, verantwortliches, vorwärtsgewandtes Verhalten an den Hochschulen, in den Hochschulstädten, in den Ländern, im Bund. Es ist an der Zeit, daß die reformwillige Mehrheit das Heft in die Hand nimmt; denn es handelt sich heute in allen entscheidenden Bereichen um eine mehrheitlich fortschrittlich-demokratische Tendenz, der allerdings vielfach noch das entsprechende Bewußtsein fehlt.

Kein Zweifel: Die Bevölkerung drängt darauf, daß endlich ein geregelter Lehr- und Forschungsbetrieb an den Hochschulen gewährleistet wird. Außer Zweifel steht auch, daß die Abneigung gegen Terrorhandlungen und gegen andere Gewalttätigkeiten immer stärker geworden ist. Was die Sozialdemokraten angeht, gegen die sich die Aktivität der Linksradiكالen, zum Teil nur in studentischer

Verkleidung, im besonderen Maße richtet, will ich mit aller Deutlichkeit sagen, daß unsere Geduld insoweit zu Ende ist. Wir werden unsere Sache, unsere Ehre und auch, ganz konkret, unsere Versammlungen zu schützen wissen. Und wir werden abschütteln, was sich uns nur zugesellt, um uns bequemer bekämpfen zu können.

Allerdings: Diejenigen, die ihre Kenntnisse von den Ereignissen an den Hochschulen lediglich aus Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen gewonnen haben, laufen Gefahr, Teilaspekte für das Ganze zu halten. Berichterstatter – das liegt in der Natur der Sache – schildern das Außergewöhnliche und stellen das von der Regel Abweichende dar. Leser, Hörer und Betrachter erliegen dann allzu leicht der Versuchung, die Dinge einfacher zu nehmen als sie sind. Dabei sind sie schon ernst genug.

Man sollte das, was sich ereignet hat, nicht verniedlichen. Man sollte aber auch nicht panikmacherisch so tun, als hätten wir es mit einem Bürgerkrieg an unseren Universitäten zu tun. So weit muß und darf es auch nicht kommen. Die Ansätze, das Spiel mit dem Feuer, weiterreichende Pläne sind gefährlich genug. Deshalb muß man jetzt handeln. Gespräch und Ermahnungen allein werden der Situation nicht mehr gerecht.

Mit vernünftigem Zureden sind diejenigen nicht mehr zu stoppen, die an unseren Universitäten zur Gewalt gegriffen haben. Ihnen gegenüber hilft nur noch hartes Durchgreifen. Ich meine nicht die primitive Forderung „Knüppel aus dem Sack!“. Es geht um die differenzierte Anwendung der zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mittel. Der Bürger – auch der an der Universität arbeitende Bürger – muß wirksam geschützt werden.

Gespräche allein sind aber auch nicht mehr genug, so es um die Reformen geht. Es genügt nicht mehr, sich am grünen Tisch zusammzusetzen, mit Studenten und Assistenten über die schwachen Stellen der Universität und des Studiums zu plaudern, wenn aus den Gesprächen keine Konsequenzen gezogen werden. Daran hat es seit mehr als zehn Jahren gehapert. Und das ist jedenfalls eine der Ursachen dafür, daß so viele Studenten unruhig geworden sind. Insoweit haben sie recht; denn angesichts verschleppter Reformen ist Ruhe nicht die erste Bürgerpflicht.

Wenn es richtig ist, daß die Forderung nach Reform unserer Hochschule zu

Recht erhoben wird, dann ist es längst an der Zeit, mit Plänen sparsamer umzugehen und endlich Taten sprechen zu lassen. Die augenblickliche Situation verführt die einen – nach dem Satz „Man kann ja doch nichts tun!“ – zum Fatalismus und zur Passivität, die anderen dazu, daß sie unüberlegten Parolen aufsitzen. Die Probleme, mit denen wir es zu tun haben, lassen sich jedoch nur mit klarem Kopf durchstehen.

Ich will einige Thesen zur Diskussion stellen, die sich aus dem Gespräch mit jüngeren Freunden ergeben haben. Dabei muß ausdrücklich betont werden, daß hier nicht der Versuch gemacht wird, die internationalen, gesellschaftlichen und psychologischen Aspekte der Studentenunruhen zu analysieren. Es geht mehr um eine momentane bundesdeutsche Bestandsaufnahme:

1. Das Mitte Februar [1969] zu Ende gegangene unruhige Semester hat deutlich zu einer Klärung der Situation geführt: Es hat sich eine kleine Gruppe herausgebildet, mit der ein Gespräch praktisch unmöglich geworden ist.

2. Die Unterscheidung zwischen „Radikalen“ auf der einen und „Gutwilligen“ auf der anderen Seite trifft nicht mehr die Situation auf den Hochschulen. Eine kleine Gruppe schafft durch terroristische Maßnahmen ein Klima, das Reformen erschwert, wenn nicht unmöglich macht. Aber ein größerer Teil setzt sich von dieser Minderheit nicht ab, weil er unserer Gesellschaft in bezug auf Fähigkeit und Willen zur Reform mißtraut.

3. Gespräche allein genügen nicht mehr, mit verbalen Zugeständnissen ist es nicht getan. Wer Reformen will, muß verändern wollen.

4. Die Aufforderung, sich von radikalen Kräften zu distanzieren, wird so lange wenig fruchten, wie die besonnenen Studenten keinen Partner an der Hochschule finden, mit dem gemeinsam sie Reformen einleiten können. Sie brauchen Partner zum Reformieren, nicht nur zum Diskutieren.

5. Die „Entsolidarisierung“ gegenüber den Extremisten wird sich leichter vollziehen, wenn die Studenten mitverantwortlich und mitbestimmend in die Universität einbezogen werden. Durch gemeinsames wissenschaftliches Arbeiten können auch überspannte Vorstellungen an Hand praktischer Erfahrungen überprüft und korrigiert werden.

6. Es gilt, die heimliche Koalition zwischen rückschrittlich-egoistischen Professoren auf der einen Seite und destruktiv-demagogischen Studentenführern

auf der anderen Seite zu entlarven: Beide interessieren sich nicht für die notwendigen Reformen.

7. Einseitige Maßnahmen werden die Unruhe und den Radikalismus nicht beseitigen. Nur gekoppelte Maßnahmen helfen weiter. Das heißt, wir brauchen ein klares Ordnungsrecht und zugleich eine gründliche demokratische Erneuerung für unsere Universitäten.

8. Was ist kurzfristig zu tun? Ich meine, daß eine Rahmenplanung des Bundes im Bereich der Hochschulreform notwendig geworden ist. Man soll dabei nur nicht glauben, daß neue Zuständigkeiten das Problem bereits inhaltlich lösen.

Auf ganz kurze Sicht scheint mir notwendig, daß für die Massenfächer der „Mittelbau“ verstärkt wird. Das heißt die Zahl der wissenschaftlichen Hilfskräfte zu vermehren.

Die studentische Initiative, Arbeitskreise mit wirklichkeitsnahen Themen zu schaffen, darf nicht entmutigt werden. Fachlich erfahrene Lehrkräfte sollten solche Arbeitskreise vor enttäuschenden Umwegen bewahren.

Für die anstehenden Hochschulgesetzentwürfe sollte ein Vorschaltgesetz mit einem „Experimentierparagrafen“ erwogen werden. Dadurch würden die Universitäten die Möglichkeit erhalten, an einzelnen Instituten probeweise Reformen durchzuführen. Entmutigende Einzelbeispiele sollten nicht die Chance verbauen, daß positive Erkenntnisse später auf den Bereich der Gesamtuniversität übertragen werden könnten.

9. Gegenüber Gewalttätigkeiten müssen die staatlichen Organe einheitlich reagieren. Man muß sich allerdings noch klarer darüber werden, welche Aktionen den Rahmen einer demokratischen Auseinandersetzung sprengen und strafrechtliche Sanktionen erfordern. (Gustav Heinemann hat darauf hingewiesen, daß die strafrechtlichen Bestimmungen zur Sicherung des Gemeinwesens schon deshalb überprüft werden müssen, weil sie aus einer Zeit ohne Demonstrationsrecht stammen.)

10. Wer sich mit Gewalt revolutionär gebärden und bestätigen will, den sollte man in diesem Anspruch ernst nehmen und ihm entsprechend begegnen. Es genügt aber nicht, die übergroße Mehrheit der Studenten, die reformwillig ist, aufzufordern: Distanziert Euch von den Radikalen! Die Vorstellungen der Mehrheit müssen gefördert und ermutigt werden, wenn wir weitere

Fehlentwicklungen vermeiden wollen.

Sozialdemokratische Experten haben sich für „Gestufte Gesamthochschulen“ ausgesprochen, die zugleich differenziert und integriert sein sollen. Für die Organisations-Struktur liegen moderne Modelle vor. Das Verhältnis zwischen Staat und Hochschule, so sagen sie vernünftigerweise, ist weder auf der Grundlage eines weitreichenden staatlichen Dirigismus noch auf der Basis eines unreflektierten und unbestimmten Autonomieanspruchs der Universität zu gestalten. Vielmehr müssen Staat (Parlament und Regierung) und Universität gemeinsam die Verantwortung für die Universitäten tragen. Die staatliche Hochschulgesetzgebung und Hochschulpolitik hat sicherzustellen, daß die Universitäten ihre Aufgaben – Forschung, Lehre, Berufsvorbereitung und wissenschaftliche Fortbildung – in voller Freiheit und Unabhängigkeit erfüllen können und daß solche schädlichen und sachfremden Einflüsse von den Universitäten ferngehalten werden, die eine vorurteilsfreie Vermittlung von Erkenntnissen zu beeinträchtigen drohen.

Die staatliche Hochschulpolitik, so heißt es weiter in den Empfehlungen unserer Experten, muß auch die Bedingungen dafür schaffen, daß berechtigte Ansprüche der demokratischen Gesellschaft erfüllt werden. Notwendig sind deshalb insbesondere

- eine prinzipiell offene Struktur der Hochschule,
- eine demokratische Willensbildung an den Universitäten,
- eine weitgehende Versachlichung bei der Auswahl des Lehrkörpers,
- die Berücksichtigung des Grundrechts auf Bildung und
- die Befriedigung des Bedarfs an qualifizierten Hochschulabsolventen in ausreichender Zahl, um Positionen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen besetzen zu können.

Die Kultusminister der Länder werden häufig als die Hauptverantwortlichen für die bisherigen Versäumnisse gesehen. Das ist nicht gerecht. Mit dem Finden von Sündenböcken und mit Selbstgerechtigkeit ist die Krise, der wir gegenüberstehen, ohnehin nicht zu überwinden. Aber man muß sich darüber im klaren sein, daß das Pendel nach der Seite des Zentralismus ausschlagen wird, wenn die Kooperation auf dem Boden der bundesstaatlichen Ordnung nicht zu raschen und überzeugenden Ergebnissen führt. Parlamente und Regierungen, aber

auch die Universitäten selbst, sind allzu lange blind gewesen für die weithin unzureichend gewordene Organisation unserer Hochschulen. Auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, für die ich spreche, hat dieser Aufgabe nicht genügend Aufmerksamkeit, Weitblick und Kraft gewidmet.

Die politisch Verantwortlichen in unserer Bundesrepublik müssen sich zusammenehmen, um Versäumtes nachzuholen. Kraft und Tempo müssen nicht nur bei der Konfrontation mit den Anarchisten, sondern vor allem auch bei der Lösung der konstruktiven Aufgaben entwickelt werden. [...]

Reformwillige Professoren, Assistenten und Studenten müssen sich gemeinsam auflehnen und durchsetzen gegen die heimliche Koalition von Reaktionären und Zerstörern. Die Koalition der Reformwilligen muß nicht nur „oben“ gebildet werden, sie muß sich auf allen Ebenen formieren. Ich sage noch einmal: Nicht als neue Organisation, sondern als Verhaltensweise: in den verschiedenen Bereichen der Universitäten, bei den verschiedenen Wahlen, in der Verbindung zu den politischen Kräften in der Stadt, im Land, im Bund.

Die Träger der öffentlichen Meinung – nicht zuletzt im Fernsehen – können der Koalition der Reformwilligen wesentlich helfen. Ausgewogene Berichterstattung, kritische Wertung, konstruktive Orientierung werden für den weiteren Verlauf von mitentscheidender Bedeutung sein.

Die breite, mit der Universität nicht besonders eng verbundene Öffentlichkeit sollte nicht im Unbehagen verharren. Wir sollten uns alle bewußt sein, daß über unsere Gesellschaft von morgen, über unseren Rang als Kultur- und Industrienation zu einem großen Teil an den Hochschulen entschieden wird. Es geht nicht nur um ein akademisches, sondern zugleich um ein nationales Problem.

Nr. 8

Aus den Ausführungen des Vorsitzenden der SPD, Brandt, auf der gemeinsamen Sitzung von Parteirat, Parteivorstand und Kontrollkommission der SPD

28. Juni 1969

AdsD, SPD-Parteivorstand, PV-Protokolle.

[...] Die APO, die sich ja für links hält, wird uns ja in verschiedenen Erscheinungsformen noch über die nächsten Jahre hinweg einiges an Problemen aufgeben. Dazu ist jetzt nicht die Zeit, auch nicht sich mit den Argumenten des nicht randalierenden Teils dieser Gruppen auseinanderzusetzen. Das müssen wir später machen. Für mich geht's jetzt um ein paar Orientierungspunkte. Ich wäre froh, wenn sie dem entsprächen, was weithin gemeinsame Überzeugung in unseren Reihen ist zu Beginn eines Wahlkampfes. Ich denke, wir sitzen über den Wahlkampf hinaus am längeren Hebel, wenn wir nach allen Seiten hin eine harte, aber sachliche Auseinandersetzung führen, wenn wir auf das Mobilisieren von Vorurteilen und Emotionen verzichten, wenn wir den Bürgern zeigen, wer harte Sachauseinandersetzung mit Emotionen und Vorurteilen vertauschen will. Auf keinen Fall sollten wir uns auf die gleiche Stufe mit den großen – aber eben auch schrecklichen Vereinfachern stellen, die es auf beiden Seiten von uns gibt. Das ist die eine Erwägung, die ist nicht neu, die gilt weiter, die gilt über die Wahlzeit hinaus. Zweitens warten ja einige unter den Linken – gerade aus der jungen Generation – nur darauf, daß sich das Establishment dekuviert. Sie warten auf unüberlegte Aktionen irgendwelcher Ordnungsmächte, die oft genug nicht wissen, wie sie taktisch am klügsten den oft provozierenden Aktionen entgentreten sollen. Sie warten darauf, daß sich der – wie sie behaupten – wahre Charakter unserer Gesellschaft auf diese Weise enthülle und daß sich das Gesicht eines, wie sie meinen, autoritären oder gar faschistischen Staates zeige. Weil das so ist, kommt es sehr darauf an, sich nicht provozieren zu lassen. Ich habe Beispiele erlebt im Vorwahlkampf, wo einige der braven Genossen zu früh junge Leute rausschmeissen wollen, die, wenn man sie ruhig auch mal einen Zwischenruf machen läßt, jedenfalls jemand wie mich darin unterstützen, zu einer etwas weniger langweiligen Rede zu kommen. Wenn also gar kein Leben in der

Bude ist, dann kommt man manchmal gar nicht in Fahrt. Also nicht – Zwischenbemerkung, Heiterkeit – ja, nicht provozieren lassen. Dritter Punkt. Wir dürfen keine Konzessionen machen an Leute, die mit Gewalttätigkeiten operieren. Aber ich meine jetzt nicht nur die physischen Gewalttätigkeiten, sondern, das muß sich erstrecken auf alles das, was Haß und Unduldsamkeit, nicht nur physische Gewalt in die politische Auseinandersetzung hineinträgt, und da gebieten uns Erfahrung und Verantwortung, nicht nachzugeben. Und nachdem ich eben gesagt habe, nicht provozieren lassen, auch nicht einfach hier als sanfter Heinrich durch die Lande ziehen wollen, sondern, wo es notwendig ist, dann mal dafür sorgen, daß alle wissen, wo also die Stühle stehen sollen in der Stube, oder die Tassen im Schrank bleiben sollen. Eine gewisse Differenzierung ist immer noch, jedenfalls noch im Vorwahlkampf, an manchen Fällen möglich zwischen denen, die eben nur – das sage ich mal bewußt – andere Auffassungen haben und denen, mit denen man nichts anderes tun kann, als hart gegenzuhalten, die auf Störung und Zerstörung aus sind. Und dabei gilt dann weiter – und das muß gesagt werden – egal ob's alle immer gleich hören wollen oder nicht, daß wir diejenige politische Gemeinschaft sind, die bereit, und hoffentlich auch fähig bleibt, alle wichtigen Impulse, auch die ihrer Kritiker, in sich aufzunehmen. Aber daß es schwer ist, mit Leuten zu reden, die nur von der eigenen Anständigkeit, von der Richtigkeit der eigenen Antworten, von der Tiefe und Genauigkeit der eigenen Analyse überzeugt sind, und nicht begriffen haben, daß man sich auch selbst relativieren und in Frage stellen können muß. [...]

Nr. 9

Aus der Rede des Vorsitzenden der SPD, Brandt, auf dem Bundeskongress der Jungsozialisten in Bremen

11. Dezember 1970

SPD Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 473/70 vom 11. Dezember 1970.

[...]

Friedenspolitik und innere Reformen gehören zusammen. Wir haben begonnen, Versäumtes aufzuholen, Überfälliges anzupacken, neue Elemente der Demokratie in der Bundesrepublik zu entwickeln.

Wir stehen erst am Anfang eines Weges, der lang und mühsam sein wird. Eines Weges, der uns erst in vielen Einzelschritten dem gesetzten Ziel näherbringen wird. Er birgt Chance und Herausforderung zugleich. Die Chance, sich den gesellschaftlichen Problemen zu stellen und selbst gestaltend an den Lösungen mitzuarbeiten, unsere gesellschaftliche Zukunft wesentlich mit zu prägen. Die Herausforderung, aktiv im Wettstreit der Ideen und Auffassungen der politischen Kräfte unseres Landes einen von der Mehrheit bejahten Weg der Reformen zu finden und durchzusetzen.

Es ist in diesem Zusammenhang notwendig, dass wir über den Inhalt sprechen, den wir unserer Reformpolitik geben wollen, aber auch darüber, wie die einzelnen Vorhaben zu realisieren sind. Hierzu möchte ich an eine Diskussion erinnern, die nach meiner Meinung zu den Höhepunkten des Saarbrücker Parteitages gehörte.

Hans Eichel, Mitglied des Bundesvorstandes der Jungsozialisten, hatte im Rahmen der Diskussion über mein Referat das Problem der Reformen unter dem Gesichtspunkt der systemüberwindenden Wirkung behandelt. Die Jungsozialisten wollen, so sagte er, Reformen, die auch zugleich mehr Demokratie in diese Gesellschaftsordnung hereinbringen. Einschränkend fügte er hinzu, dass die innenpolitische Realität der Bundesrepublik nicht verkannt würde. Herbert Wehner hat zu den Ausführungen von Hans Eichel ausführlich Stellung genommen. Und Norbert Gansel erklärte anschliessend, dass die Jungsozialisten diese Ausführungen kritisch und selbstkritisch überarbeiten würden.

Herbert Wehner sagte damals, er rate dazu, Reformen nicht zu klassifizieren in solche, die als systemüberwindend, und in andere, die als nur systemgerecht bezeichnet würden. Er wolle damit

nicht behaupten, dass es keinen Unterschied zwischen dem Karatgehalt von Reformen gäbe, aber er wolle davor warnen, sich in eine Begriffsauslegung zu verstricken. Nun zitiere ich wörtlich:

„Alle Reformen erfordern Augenmass und Leistungsfähigkeit, Augenmass für das, was nach unserem Verständnis der Wirklichkeit notwendig ist, und Augenmass dafür, in welchem Grade unter den gegebenen Verhältnissen das, was für notwendig gehalten und als notwendig erkannt wird, zu verwirklichen ist. Dazu bedarf es des Augenmasses auch für die Gegenkräfte, die durch bestimmte Reformen herausgefordert, herausgelockt werden oder vielleicht zeitweilig sogar unsere eigenen Kräfte in Bedrängnis bringen könnten. Zweitens bedarf es der Leistungsfähigkeit. Dazu gehört erstens die Kraft, die dafür sicher ist, ferner diejenige, die zusätzlich durch bestimmte Reformen aufgebracht werden kann, auch wenn es sich nur um punktuelle Reformen handelt. Dazu gehört aber auch – das ist etwas, worüber man leidenschaftslos sprechen muss, auch wenn es in der Praxis sehr schwierig zu lösen ist – die finanzielle Leistungsfähigkeit, und zwar sowohl die direkte, die eine Reform oder eine Reihe von Reformen zur Voraussetzung haben, als auch die indirekte, nämlich die Auswirkungen auf andere, auf den Anreizeffekt und was dabei noch zu bedenken ist.“

Wehner sagte weiter, es gehe nicht um einen theoretischen Streit, um die Begriffe Reform oder Revolution, sondern „vielmehr um ein Ringen darum, die Basis für solche Reformen zu halten und zu verbreitern, die dem konkreten Menschen helfen und dadurch unsere eigene Basis für immer weitergehende Reformen vergrössern. Das ist ein Prozess, das ist auch ein dialektisch zu verstehender Prozess.“ Wirtschaftliche Macht dürfe nicht die Grundrechte zugunsten der Konservierung von Privilegien schmälern. Er kenne wohl den Unterschied zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit. Aber wir dürfen uns und andere nicht in Konflikt mit dem Verfassungstext bringen lassen, während dieser uns in Wirklichkeit helfen könne, die Verfassungswirklichkeit konformer zu machen in dem, was die Menschen brauchen.

Herbert Wehner hat von einem Prozess des Ringens gesprochen, das Grundgesetz und das Godesberger Programm in diesen Prozess hineingestellt, sich auf Gustav Heinemanns Vision der Freiheit für alle berufen und gefragt, was wichtiger ist: sich über Veränderungen zerstreiten oder Veränderungen durchführen. Wer die Flagge zeigen wolle, brauche dafür auch den Boden, damit sie stehen und weitergetragen werden kann. Ich meine, dies ist eine gute Grundlage für diesen Teil der Diskussion.

Und ich meine: Obwohl wir nicht die Mehrheit im Bundestag haben und die

Regierungsverantwortung in loyaler Weise gemeinsam mit den Freien Demokraten tragen, haben wir im Innern eine Politik eingeleitet, mit der wir bestehen können.

[...]

Ich muss auch auf die Beschränkungen hinweisen, die jeder reformerischen Politik in der Bundesrepublik entgegenstehen und die nur geduldig überwunden werden können.

1. An einer durch lange Jahre konservativer Politik geprägten öffentlichen Meinung kommen wir nicht durch Kraftakte vorbei. Es gilt Vertrauen zu gewinnen, nicht Vorurteile zu mobilisieren.
2. Das Tempo der Reformen hängt entscheidend ab von den wirtschaftlichen Ressourcen, die freigemacht werden können. Wenn wir nicht für wirtschaftliche Stabilität und für finanzpolitische Solidität sorgen, dann wird man uns nicht folgen. Hinzu kommt, dass die bisherige Konzentration auf den privaten Konsumstandard es zusätzlich schwer macht, Mittel zugunsten öffentlicher Leistungen umzuschichten. Wir wissen, dass der Kampf gegen die öffentliche Armut wichtig ist, weil öffentliche Armut zu allererst die Armut der Armen ist.
3. Die Verfilzungen der politischen und wirtschaftlichen Interessen sind natürlich nicht mit dem 28. September 1969 verschwunden. Ich will nicht moralisieren, sondern – beispielsweise mit dem Blick auf die Umweltprobleme – sagen: Wir brauchen eine scharfe Analyse und gute Öffentlichkeitsarbeit.
4. Wir gehen schrittweise vor, weil die Komplexität und Vielfalt unserer Gesellschaft uns keine andere Möglichkeit lässt. Wer heute die Gesellschaft verändern will, der muss an einzelnen Missständen ansetzen, diese beseitigen und Neues schaffen und zwar Neues, das besser ist.

Es wäre also gut, wenn uns die Jungsozialisten dabei hülften, realistische Reformvorschläge zu entwickeln, das Bewusstsein der Mitbürger auf die neuen Notwendigkeiten einzustellen und – natürlich – auch Wahlen zu gewinnen.

Wir haben die Möglichkeit gewonnen, politisch führend für dieses Land zu wirken. Wir sollten diesen Weg nicht unnötig erschweren. Der Jargon der „geschlossenen Gesellschaft“ wird leicht zum Jargon der Verhinderung. Beträchtliche Teile unserer Bevölkerung haben die Notwendigkeit zu Reformen erkannt. Aber viele haben trotzdem eine unbestimmte Angst vor unübersehbaren Veränderungen. Und die Jungsozialisten werden zum Buhmann gemacht, um die Angst zu schüren. Lasst Euch nicht zum Buhmann machen! Initiativen zur Reform und die Phantasie im Ausdenken von Alternativen gesellschaftlicher Wirklichkeit liegen manchmal ganz nahe beim Missbrauchtwerden zur Verhinderung jeglicher Veränderungen. Es ist auch nicht hilfreich, wenn

man abstrakt und polemisch behauptet, bestimmte Reformen müssten abgelehnt werden, weil sie den Leistungscharakter der Gesellschaft stärken würden. Glaubt jemand ernsthaft, wir könnten die Gesellschaft reformieren, wenn wir nicht gleichzeitig die Leistungen steigern! Ein modernes fortschrittliches Deutschland kostet Geld, viel Geld!

Die Sozialdemokratische Partei als ganzes muss den Weg finden, der zugleich die Phantasie für eine bessere Gesellschaft und das Gewinnen von Wahlen zulässt. Es ist nicht leicht, diesen Weg im einzelnen abzustecken, aber der Kurs ist im Godesberger Programm festgelegt, und die Partei wird sich von diesem Kurs nicht abbringen lassen. Ich möchte die Jungsozialisten bitten, die Anstrengung auf diesem Weg der schrittweisen Veränderung zu verstärken und das Gewinnen des Vertrauens der Mehrheit unseres Volkes in seiner vollen Bedeutung zu erkennen.

Es gibt einige Gruppen in der Bundesrepublik, die Herrn Scheel und mich an die Wand stellen möchten. Die unsere Demokratie hassen und nicht zögern würden, Deutschland in ein neues Unglück zu stürzen. Das wird ihnen nicht gelingen. Trotzdem brauchen wir gegen diese Provokationen alle freiheitlichen Kräfte. Ich bin sicher, darin sind wir einig. Das beeinträchtigt auch natürlich nicht die innerparteiliche Diskussion.

Die Delegierten, die Partei, aber auch andere erwarten, dass ich mich hier zum Verhältnis zwischen der SPD und der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten äussere. Ich bin nicht hierher gekommen, um den Schulmeister zu spielen, sondern um meine Meinung zu sagen und zu diskutieren. Ernsthaftige Diskussionen sollten nicht unter taktischen Gesichtspunkten geführt werden, sonst haben sie keinen Sinn.

Als Vorsitzender unserer Partei habe ich hier die Meinung der Partei zu vertreten, wie sie sich aus dem Programm, aus den Beschlüssen der Parteitage und der vom Parteitag gewählten Gremien ergibt. Dies ist für mich keine Pflichtübung, sondern eine Frage der Redlichkeit und des eigenen Engagements.

Die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaften ist von der Partei nach zwei Richtungen, nach aussen und nach innen, folgendermassen definiert worden: „Die Arbeitsgemeinschaften haben bestimmte Aufgaben der Partei in der Öffentlichkeit wahrzunehmen, um stärkeren Einfluss auf einzelne Gesellschaftsgruppen auszuüben. Sie stellen Beratungsgremien für die verantwortlichen Körperschaften der Partei dar.“ Nun weiss ich sehr wohl, dass es im Bereich der Arbeitsgemeinschaften von der Sache her gewiss Differenzierungen gibt. Aber zweierlei muss klar sein: Es kann keine Partei in der Partei geben, und man kann auch nicht in zwei Parteien

zugleich sein.

Aufgrund meiner eigenen Erfahrung möchte ich ausserdem zu bedenken geben, ob nicht eine Arbeitsgemeinschaft, wenn sie sich als Richtungsorganisation missversteht, den immer notwendigen Prozess der Meinungsbildung in der Gesamtpartei eher belastet denn fördert. Politische Stellungnahmen, die als Beschluss einer Arbeitsgemeinschaft veröffentlicht und den Gremien und Mitgliedern der Partei aus der Presse bekannt gemacht werden, müssen fast zwangsläufig Widerstände oder auch organisatorische Konflikte hervorrufen, die die erforderliche sachliche Diskussion erschweren oder gar verhindern. Auf die Dauer führen Arbeitsgemeinschaften, die als selbständige Organisationen auftreten, mindestens zur Bildung von gleichfalls selbständig auftretenden Gegenorganisationen. Das kann nicht im Interesse der Partei liegen, und das kann sie nicht zulassen. Es gibt sozialdemokratische Parteien in anderen Ländern, deren Fehlentwicklungen uns ein warnendes Beispiel sein sollten.

Ich muss auch ernste Bedenken gegenüber der Vorstellung anmelden, man könne Richtungsfragen generationsmässig fixieren. Wenn die Arbeitsgemeinschaften der Jungsozialisten die Organisation der jüngeren Sozialdemokraten und zugleich Richtungsorganisation sein wollten, würden sie fast zwangsläufig ihren unmittelbaren Auftrag, ihre eigentliche Aufgabe vernachlässigen. Wenn ich mir einen Teil der diesem Kongress vorliegenden Anträge und einige andere Veröffentlichungen ansehe, dann wird darin praktisch nur gegen Mehrheitsmeinungen der Partei,¹⁶ gegen die politische Aktion der SPD in dieser spezifischen Situation polemisiert, und man erfährt wenig darüber, was die Jungsozialisten für die Partei, für die von der Partei beschlossene Politik tun wollen – vor allem im Hinblick auf die Vertretung sozialdemokratischer Auffassungen und Forderungen innerhalb der jungen Generation.

Meiner Meinung nach muss in aller Klarheit festgehalten werden: Es kann nach dem Charakter der deutschen Sozialdemokratie weder eine „Einzelstrategie“ noch eine „Doppelstrategie“ gegenüber der eigenen Partei geben.¹⁷ Das gilt für Jungsozialisten ebenso wie für andere, die sich zur SPD bekennen und in ihr tätig sind. Es kann nur eine Politik und eine Strategie der SPD geben, und die werden vom Parteitag, von den dort gewählten Gremien und von der Bundestagsfraktion bestimmt. Der Vorsitzende dieser Partei hat dafür zu sorgen, dass für alle Mitglieder der SPD – ob jung, ob alt und aus welchen Motiven auch immer der einzelne zu dieser Partei gestossen ist – die gleichen Regeln für den Umgang miteinander gelten und gleichermassen von allen die Beschlüsse der Partei beachtet werden. Jeder hat das Recht, auf dem

Boden des Programms und der Satzung um politische oder auch personelle Alternativen zu ringen. Aber bei der Ausübung dieses demokratischen, innerparteilichen Rechts kann niemand für sich Sonderrechte in Anspruch nehmen, die anderen nicht zukommen. Deshalb sage ich noch einmal: Die SPD kann nicht zulassen, dass irgendeine, wenn auch noch so wichtige Arbeitsgemeinschaft sich als Partei in der Partei etabliert. Das wäre schädlich für die Meinungsbildung in der Partei und für ihre wirksame politische Arbeit, und dazu gehört auch ihr Auftreten in der Öffentlichkeit.

[...]

Sonderbeitrag

Peter Brandt: Willy Brandt und die Jugendradikalisierung der späten sechziger Jahre – Anmerkungen eines Historikers und Zeitzeugen, Berlin 2000¹

“Von der unruhig gewordenen studentischen Jugend und der wesentlich von ihr getragenen ‚Außerparlamentarischen Opposition‘ gingen Impulse aus, die allzu oft eher störend denn hilfreich wirkten; sie konnten nicht voranhelfen, als sie der Gesellschaft maßlose Programme aufnötigen wollten. Daß von einem Teil der Achtundsechziger mittelfristig gleichwohl stimulierende Wirkungen ausgegangen sind, bleibe unbestritten ...

Mir ist ohne sonderliches Verdienst das Image zugewachsen, mich nicht abgekapselt zu haben, sondern gesprächsbereit und lernfähig geblieben zu sein. Dies mag sich von der vorherrschenden Ignoranz abgehoben haben, aber was die junge Generation, und zwar nicht ihren schlechtesten Teil, umtrieb, habe ich nicht gut genug verstanden, vielleicht auch nicht verstehen wollen; abgestandener Wortradikalismus machte den Zugang schwer.”

Willy Brandt – 1989²

Ich werde in meinem Vortrag versuchen, Elemente der Analyse und verstehenden Deutung des Historikers mit Erlebnisschilderungen des Zeitzeugen zu verbinden. Dieses Vorhaben, auf das ich mich auf ausdrücklichen Wunsch meines Kollegen und Freundes Einhart Lorenz eingelassen habe, ist offenkundig problematisch: Ich soll hier die Gedankenwelt des eigenen Vaters beleuchten, was ohne eine gewisse Distanzierung nicht geht – und das ausgerechnet in einem Teilbereich, wo ich selbst als Akteur in Erscheinung getreten bin, was naturgemäß nicht ohne Konflikte abging. Es wird deshalb unvermeidlich sein, wiederholt direkt von mir zu sprechen, was Sie bitte nicht als wichtigtuerische Überzeichnung der eigenen Bedeutung mißverstehen mögen. Aber Willy Brandt war nun einmal nicht nur Spitzenpolitiker, sondern auch mein Vater, so wie ich nicht nur Gymnasiast bzw. Student und politischer Aktivist, sondern auch sein Sohn war, und das darf und soll bei der Behandlung des Themas nicht außer acht gelassen werden. Es muß vielmehr ausdrücklich reflektiert werden.

1 Zuerst veröffentlicht in: Einhart Lorenz (Hg.): Perspektiven aus den Exiljahren (Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Heft 7), Berlin 2000, S. 79-97.

2 W. Brandt: Erinnerungen, Berlin u. a. 1989, S. 273f. – Ich danke Daniela Münkel für Hinweise auf diverse relevante, insbesondere archivarische Quellen. – Wörtliche Zitate sind stillschweigend grammatikalisch angepaßt.

I.

Mit Bedacht ist in meiner Formulierung des Themas nicht von der “Studentenbewegung”, der “Protestbewegung”, der “Revolte”, der “Außerparlamentarischen Opposition”, der “Neuen Linken” oder gar den “Achtundsechzigern” (ein besonders schwammiges Etikett) die Rede, sondern von der “Jugendradikalisierung”; “Jugend” ist dabei natürlich nicht biologisch, sondern soziologisch gemeint: als diejenige Bevölkerungsgruppe, die – jenseits der Kindheit – beruflich und privat noch nicht etabliert ist. Ich möchte mit dem weniger gebräuchlichen Begriff der Jugendradikalisierung sowohl die verschiedenen, hier zu beachtenden Erscheinungsformen insgesamt erfassen, dabei indessen den Akzent auf die im engeren Sinn politische Sphäre setzen. Das scheint mir umso mehr gerechtfertigt, als so die Sichtweise Willy Brandts, der den hier angebotenen Terminus wohlgerne nicht gebrauchte, nach meinem Eindruck gut erfaßt wird. Zeitlich beschäftigte ich mich mit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, vor allem mit den Jahren 1967-1969, bevor die Bewegung als ein relativ einheitliches Phänomen teils zerfiel, teils dogmatisch und sektiererisch erstarrte, teils in andere organisatorische Formen übergang.

In dem, was ich “Jugendradikalisierung” nenne³, lassen sich m. E. drei Komponenten oder Dimensionen unterscheiden: erstens, die in ihrer Wirkung heute meist hervorgehobenen kulturrevolutionären Impulse; von einer neuen, rebellischen Musikszene, den veränderten Umgangsformen und dem Protest durch ein immer wilderes Äußeres (legere Kleidung, die berühmten langen Haare und Bärte) bis zu freierer Sexualität, diversen Erziehungsexperimenten

³ Siehe für das Folgende die einschlägigen Teile der Darstellungen von Chr. Kleßmann: *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970*, Göttingen 1988; A. Baring in Zusammenarbeit mit M. Görtemaker: *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*, Stuttgart 1982; A. Schildt/A. Sywottek (Hrsg.): *Modernisierung. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1998 (für die allgemeinen gesellschaftlichen Voraussetzungen); K. R. Allerbeck: *Soziologie radikaler Studentenbewegungen. Eine vergleichende Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten*, München/Wien 1973; R. Fraser u. a.: *1968. A Student Generation in Revolt*, London 1988; L. Rolke: *Protestbewegungen in der Bundesrepublik. Eine analytische Sozialgeschichte des politischen Widerspruchs*, Opladen 1987; S. Lönnendonker/T. Fichter (Bearb.): *Freie Universität Berlin 1948-1973. Hochschule im Umbruch*. 6 Teile, Berlin 1978ff.; dies.: *Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung*, Berlin 1977; T. Fichter: *SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei*, Opladen 1988; W. Albrecht: *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*, Bonn 1994; G. Bauß: *Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und West-Berlin*. Handbuch, Köln 1977; G. Langguth: *Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die Neue Linke seit 1968*, Köln 1983; G. Fels: *Der Aufruhr der 68er: zu den geistigen Grundlagen der Studentenbewegung und der RAF*, Bonn 1998; K. Otto (Hrsg.): *APO. Außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960-1970)*, Köln 1989.

und neuen gemeinschaftlichen Formen des Wohnens. Aus der zeitlichen Distanz läßt sich sagen, daß die kulturevolutionären Impulse an dem bereits vorher einsetzenden, allgemeinen Wertewandel in den entwickelten, konsumkapitalistischen Ländern des Westens anknüpfen konnte, diesen allerdings beschleunigend und inhaltlich mitbeeinflussend. Dieser Aspekt hat Willy Brandt, soweit mir erinnerlich und soweit die Äußerungen aus der Zeit erkennen lassen, nicht sehr beschäftigt, vermutlich erstens, weil er auch bezüglich der persönlichen Lebensführung seiner Mitmenschen überdurchschnittlich tolerant war, zweitens, weil er zuhause diesbezüglich wenig Provozierendes erfahren mußte. Das schließt nicht aus, daß er bei seinen Söhnen gelegentlich anregte, sich beim Friseur die – keineswegs übermäßig langen – Haare noch etwas kürzer schneiden zu lassen, aber das war eben eine persönliche Meinungsäußerung und keine Anordnung.

Die zweite Komponente bildete die Auseinandersetzung in den Hochschulen und um sie, die eigentliche Studentenbewegung, zunehmend ergänzt durch weniger dramatische Entsprechungen an den Gymnasien, rudimentär auch in den Berufsschulen und Lehrwerkstätten. In diesem Bereich schockierten die offene Mißachtung bislang selbstverständlicher akademischer Regeln und die Lächerlichmachung professoraler Autoritäten seit 1966/67; die Debatte um den “Bildungsnotstand” selbst, um Georg Pichts Parole zu zitieren, um die Effektivierung der Hochschulen wie um das “Recht auf Bildung” (Ralph Dahrendorf) hatte schon vorher eingesetzt. Charakteristisch für die Revolte an den Universitäten war, daß sich die Auflehnung gegen überkommene Strukturen, Inhalte und Personal (“Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren”) überkreuzte und vermischte mit dem Widerstand gegen die “technokratische” Hochschulreform, die bessere Funktionalisierung der Bildungsanstalten seitens des Staates und der spätkapitalistischen Gesellschaft: des “Systems”, wie man mehr und mehr sagte. Es paßt in dieses Bild, daß die ersten großen hochschulinternen Protestaktionen im Sommersemester 1966 an der Freien Universität Berlin gemeinsam vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und schlagenden Verbindungen verabredet wurden. Sie richteten sich gegen die Zwangsexmatrikulierung von Langzeitstudenten. Zu diesen Erscheinungen, die seit dem Wintersemester 1967/68 eskalierten, mußte Willy Brandt als Spitzenpolitiker eine Position entwickeln und öffentlich vertreten. Er behandelte sie in der Regel aber zusammen mit der “Außerparlamentarischen Opposition” (APO).

In dieser dritten Komponente flossen der Protest gegen vermeintliche autoritäre bzw.

demokratiegefährdende Tendenzen in der Bundesrepublik (“Formierte Gesellschaft”) – vor allem die Große Koalition, der parallele zeitweilige Aufschwung des Rechtsextremismus in Gestalt der NPD, die vorgesehene Notstandsgesetzgebung, der meinungsbildende Einfluß der Springer-Presse – sowie der Protest gegen den Vietnam-Krieg und generell den Imperialismus der USA mit einer unerwarteten Renaissance theoretisch-marxistischen (zunächst undogmatischen) Denkens zusammen. Auch hier gab es eine Kontinuitätslinie, die zu den Protestbewegungen der fünfziger Jahre zurückführte, wobei die Ostermärsche eines der Verbindungsglieder waren. Und es hatte auch vor den mittleren sechziger Jahren eine sozialistische bzw. marxistische Linke in der Bundesrepublik gegeben, nicht zuletzt in der Sozialdemokratie, etwa in den “Falken”, und in den Gewerkschaften. Es konnte aber so scheinen, als ob diese immer weiter marginalisiert würde, zumal auch der SDS nach dem Unvereinbarkeitsbeschluß der SPD vom November 1961 zunächst wenig nach außen in Erscheinung trat und sich auf eine langfristige theoretische Arbeit zurückzog. Mit der Ausbreitung der Bewegung 1966/67 erwies es sich als bedeutsam, daß neben den Organisationen der tradierten Arbeiterbewegung und an ihrem Rande mit dem SDS ein unabhängiges Zentrum existierte, das durch sein Agieren zum Katalysator der breiteren Jugendradikalisierung wurde. Neben ganz neu gewonnenen Kräften reaktivierte diese auch vieles, was sich von früher links und sozialistisch verstand. Das betrifft auch die Jungsozialisten, deren Linkswendung allerdings nicht vor Dezember 1969 programmatisch und personell vollendet wurde. Die Konflikte mit der jungen Linken innerhalb der SPD nahmen für Willy Brandt erst in den siebziger Jahren einen größeren Platz ein, als es namentlich um die Eindämmung des sogenannten “Stamokap”-Flügels ging.

Mit der Benennung der drei von mir unterschiedenen Komponenten will ich natürlich nicht behaupten, es habe sich um säuberlich getrennte Stränge gehandelt. Sie flossen vielfach zusammen und waren häufig in ein und derselben Person vorhanden, allerdings nach meinem Eindruck mit deutlich zu unterscheidender Schwerpunktsetzung; ich nenne in der obigen Reihenfolge beispielhaft als Repräsentanten Rainer Langhans, Knud Nevermann und Rudi Dutschke. Die studentischen Aktivisten, die man sich nicht als Hippies vorstellen darf, stammten teilweise aus autoritär-konservativen Elternhäusern, von denen sie sich absetzten, zu einem Großteil auch aus liberalen, nicht zuletzt sozialdemokratischen Familien.⁴

Das spricht nicht gegen die Annahme eines politischen Generationenkonflikts. Doch die weit

⁴ Die Befunde sind nicht einheitlich. Vgl. S. Spender: Das Jahr der jungen Rebellen, München 1969, S. 230; Der Spiegel, 24. Juni 1968, S. 47 (Befragung von 80 SDS-Mitgliedern).

verbreitete Vorstellung von “1968” als einer offenen innerfamiliären Konfrontation zwischen Nazi-Eltern und antiautoritären Kindern entsprach – auch nach meinem damaligen Eindruck – nur einer Variante unter etlichen anderen. Die nachholende Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit war untergründig sicher ein zentrales Motiv der Bewegung, siehe etwa den inflationären Gebrauch der Vokabel “faschistisch” – oder “faschistoid”. Unzutreffend wäre es dagegen, ihr eine Art Kollektivschuldthese gegen die gesamte ältere Generation oder gar das deutsche Volk zu unterstellen, wie sie heute verbreitet ist. Mit Willy Brandt gab es in dieser Hinsicht trotzdem mehr Meinungsverschiedenheiten als Übereinstimmungen. Dieser bejahte die Integration früherer Nationalsozialisten, wenn sie nicht Verbrechen begangen hatten, führend hervorgetreten waren oder zu den herausragenden Nutznießern gehört hatten, und sah in der Regierung der Großen Koalition – mit dem ehemaligen NSDAP-Mitglied Kiesinger als Kanzler und dem Antifaschisten und Exilanten Brandt als Vizekanzler auch ein Symbol für die innere Aussöhnung des deutschen Volkes (obwohl er die Bildung der CDU/CSU-SPD-Regierung aus anderen Gründen nur notgedrungen akzeptierte).

II.

Eine weitere Bemerkung zur Einordnung des dann Folgenden scheint mir geboten. Sie betrifft meine eigene Orientierung und soll Ihnen erleichtern, das, was ich aus eigenem Erleben schildere, zu gewichten. Meine Politisierung nach links begann mit dem Eintritt in die “Falken” als Vierzehnjähriger Anfang 1963. Innerhalb der Berliner Sozialdemokratie standen die “Falken”, damals noch eher eine Arbeiterjugendorganisation, auf dem linken Flügel. Innerhalb des Verbandes gab es eine konspirative, der kleinen Vierten Internationale angeschlossene trotzkistische Gruppierung, mit der ich bald sympathisierte und die mich Ende 1966 schließlich “rekrutierte” (so hieß das).

Aus den trotzkistisch beeinflussten Kreisverbänden der “Falken” und einer um die Zeitschrift “Neuer Roter Turm” entstandenen Schüler-, Lehrlings- und Studentengruppe entstand, nach der Abwendung vom “Entrismus” in der Sozialdemokratie, unter meiner Mitwirkung im Herbst 1968 die Organisation “Spartacus” (nicht zu verwechseln mit der Studentenorganisation der DKP: MSB Spartakus), die als Initiative für eine breitere revolutionär-sozialistische Jugendorganisation

gedacht war. Im Hinblick auf den Adressaten, die Organisations- und Politikvorstellungen war der “Spartacus”, der sich um 1970 bundesweit ausdehnte, dabei aber nie mehr als wenige hundert Mitglieder hatte und bereits 1971 von der ersten Spaltung heimgesucht wurde, eher links-traditionalistisch als “antiautoritär”, dabei allerdings scharf sowjetkritisch. Ich schied 1973 mit einem Zirkel Gleichgesinnter aus dem “Spartacus” aus und verstand mich von da an als unabhängiger Linkssozialist.⁵

Das Verhältnis zur DDR war für junge Linke in West-Berlin von unmittelbarer Bedeutung. Es war nicht irgendein sowjetkommunistisch geführter Staat, sondern ein Regime direkt vor der Haustür, das die eigenen Ideale permanent beleidigte und diskreditierte. “Geht doch rüber”, war eine beliebte Reaktion auf Kritik an Zuständen oder Vorgängen westlich der Mauer. Mit öffentlichen Angriffen etwa auf den Algerienkrieg der Franzosen und den Vietnamkrieg der Amerikaner machten sich die “Falken” im Spektrum der staatstragenden Parteien West-Berlins wenig Freunde. Dieses war verständlicherweise vollkommen auf den Ost-West-Konflikt fixiert und fragte nicht viel danach, ob es berechtigte Einwände gegen westliche Regierungen geben könne. Für meine und manch anderer politische Entwicklung hatten der Protest gegen die mörderische Kriegführung der USA in Vietnam und die Solidarisierung mit dem kommunistisch geführten Unabhängigkeitskampf der Vietnamesen eine kaum zu überschätzende Bedeutung.

Die tiefenpsychologische Dimension meines politischen Engagements, für das die Studentenbewegung ja nicht der Auslöser war, kann ich selbst nicht wirklich ermessen. Wer könnte das schon für die eigene Person? Mir scheint aber, daß Formeln wie “Protest gegen den Vater” meine Haltung nicht treffen. Natürlich hatte ich wie jeder langsam erwachsen werdende Jüngling das Problem, unter dem Gewicht einer – in diesem Fall überragenden, gleichzeitig meist abwesenden oder nicht leicht zugänglichen – Vatergestalt eine eigene Identität entwickeln zu müssen. Aber soweit ich mir der Sache bewußt war und bin, gab es neben den ideologischen Differenzen nicht nur im Persönlichen ein relativ gutes Verhältnis, sondern auch von meiner Seite ein starkes Mitempfinden, was die berufsbedingten Kränkungen und Erfolge des Vaters betraf. Im

⁵ Siehe zu dem angesprochenen politischen Umfeld: H.-J. Heß: Innerparteiliche Gruppenbildung. Macht- und Demokratieverlust einer politischen Partei am Beispiel der Berliner SPD in den Jahren 1963 bis 1981, Bonn 1984; H. Ristock: Neben dem roten Teppich. Begegnungen, Erfahrungen und Visionen eines Politikers, Berlin 1991; G. Amendt (Hrsg.): Kinderkreuzzug oder Beginnt die Revolution in den Schulen?, Reinbek bei Hamburg 1968 (darin auch ein Beitrag von P. Brandt); P. Brandt/R. Steinke: Die Gruppe Internationale Marxisten, in: R. Stöss (Hrsg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland. Sonderausgabe Bd. 3, Opladen 1986, S. 1599-1647 (zu “Spartacus” S. 1603-1606 und 1628-1634).

Sommer 1968 schrieb ich ihm einen Brief, in dem ich ihn um Verständnis dafür bat, daß ich meinen politischen Überzeugungen folgte – ich sprach von “Pflicht” – und meine Hoffnung ausdrückte, daß es nie zum persönlichen Bruch kommen müsse und es mir möglich sein würde, in Zukunft zu vermeiden, was ihm direkt schaden könnte.⁶ Zu diesem Zeitpunkt hatte ich gerade mein erstes Semester an der Freien Universität Berlin hinter mir. Dem Studienfach Geschichte galt meine Aufmerksamkeit und Begeisterung ebenso sehr wie der Politik; deshalb und um – auch im Hinblick auf die politische Distanz – vom Elternhaus materiell möglichst schnell unabhängig zu werden, brachte ich das Studium zügig zu Ende. Meine Lebens- und Wohnsituation, anfangs noch als Untermieter bei den Eltern eines Freundes, war schon seit dem Wegzug der Familie nach Bonn im Frühjahr 1967, ein Jahr vor dem Abitur, eher die eines Studenten.

Wir sollten uns an dieser Stelle daran erinnern, wie Willy Brandt zeitlebens über seine eigene linkssozialistische Vergangenheit sprach und schrieb: nie als Jugendsünde oder Unfug, sondern als ein aus den objektiven und subjektiven Umständen erklärbares Stadium politischer Entwicklung.⁷ Trotz der ganz anderen historischen Konstellation erinnerte ihn das Geschehen der Jahre vor und um 1968 an die eigene Jugend. Ungeachtet dessen hat meine Mutter in ihrem Buch “Freundesland” zutreffend berichtet, Willy habe zuhause einmal aufbrausend gedroht, als Berliner Bürgermeister zurückzutreten, wenn ich meine Aktivitäten fortsetzte⁸ □ der Anla □ war eine der ersten Vietnam-Demonstrationen in Berlin Anfang 1966. Ganz ernst war das wohl nicht gemeint, sondern eher seine Art, Unmut zu äußern. Natürlich waren meine abweichenden Positionen für ihn lästig, wenn sie öffentlich ruchbar wurden und man ihm □ auch innerhalb der Partei □ nahelegte, mich zu disziplinieren oder außer Landes zu schaffen, nachdem ich wegen zweier Demonstrationsdelikte (“Auflauf” 1968 rechtskräftig verurteilt worden war: in der Berufungsinstanz zu einer Geldstrafe, die dann 1970 unter die allgemeine Amnestie fiel. Dennoch respektierte der Vater meinen Weg, zumal er aufgrund seiner eigenen Biographie wohl davon ausging, mit 15/16 Jahren, umso mehr mit 19 oder 20, müsse man schon weitgehend selbst wissen, was man tue.

Man muß ehrlichkeitshalber (kritisch und selbstkritisch gleichermaßen) einräumen, daß die direkte Auseinandersetzung im Familienkreis viel weniger intensiv geführt wurde, als das nach

⁶ Peter Brandt an Willy Brandt, 17. Juli 1968 (Privatbesitz), auszugsweise zitiert bei R. Brandt: *Freundesland. Erinnerungen*, Hamburg 1992, S. 207f.

⁷ Am ausführlichsten in: W. Brandt: *Links und frei. Mein Weg 1930-1950*, Hamburg 1982.

⁸ Brandt, *Freundesland*, S. 196.

außen möglicherweise den Anschein hatte. Trotzdem hat Willy Brandt in seinen Erinnerungsschriften betont, die Konfrontation “mit Gedanken und Emotionen dieser Generation” – hier ist vermutlich stärker mein knapp drei Jahre jüngerer Bruder Lars gemeint, der auch nach dem Umzug nach Bonn noch im elterlichen Haus lebte – habe verhindert, daß das “Gespür für die Fragen, die Probleme, die Denk- und Gefühlswelt der eigenen Söhne, ihrer Freunde und Altersgenossen” verloren gegangen sei.⁹

III.

Die Einstellung Willy Brandts zur Jugendradikalisierung der späten sechziger Jahre darf von seinen Ämtern und seinen allgemeinen politischen Positionen¹⁰ selbstverständlich nicht isoliert werden. Während der Vor- und Frühphase der Bewegung war er Parteivorsitzender der SPD (seit 1964) und Regierender Bürgermeister in West-Berlin (1957-1966). In Berlin hatte die Sicherung der Halbstadt gegen (wenn auch nicht mehr akute) Bedrohung von außen absolute Priorität. Es war nicht zuletzt diese Perspektive und die sich daraus ergebende Loyalität gegenüber den westlichen Besatzungs- und Schutzmächten, die Brandt in der deutschen Sozialdemokratie zum Protagonisten jener außenpolitischen Wende machte, die durch die Rede Herbert Wehners im Bundestag am 30. Juni 1960 demonstrativ sichtbar gemacht wurde. Ihre Botschaft war die Anerkennung der in den fünfziger Jahren gegen die SPD vollzogenen sicherheitspolitischen Weichenstellungen und das Angebot einer gemeinsamen Außenpolitik der westdeutschen Parteien: Entspannungspolitik nicht mehr im Sinne eines die deutsche Einheit ermöglichenden Disengagements, sondern fest verankert im westlichen Bündnis. Statt Entspannung brachten Jahre um 1961 indes die Fixierung der Teilung Deutschlands durch den Mauerbau und die dramatischste Zuspitzung des Kalten Krieges. Der Schock des Mauerbaus und der Blick in den

⁹ W. Brandt: *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975*, Hamburg 1976, S. 266.

¹⁰ Als biographischer Versuch zuletzt: B. Marshall: *Willy Brandt. Eine politische Biographie*, Bonn 1993; siehe zum Folgenden weiterhin K. Klotzbach: *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965*, Neuauf., Bonn 1996; B. W. Bouvier: *Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Öffnung der SPD 1960-1966*, Bonn 1990; I. Maršolek/H. Potthoff (Hrsg.): *Durchbruch zum modernen Deutschland? Die Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung 1966-1982*, Essen 1995; D. Groh/P. Brandt: *“Vaterlandslose Gesellen”. Sozialdemokratie und Nation 1860-1990*, München 1992.

Abgrund während der kubanischen Raketenkrise wurden bekanntlich für den engeren Kreis um Brandt zu Ausgangspunkten der “Politik der kleinen Schritte” ab 1963, zugleich ein Experimentierfeld der späteren Ostpolitik. Während sich in der Außen-, speziell der Deutschlandpolitik um die Mitte der sechziger Jahre also bereits eine gegenläufige Tendenz zur Annäherung der SPD an die CDU/CSU abzeichnete, erreichte die Umarmungsstrategie im Zeichen der Gemeinsamkeitspolitik im Innern etwa 1965 ihren Höhepunkt. Anders als damals überwiegend wahrgenommen, war dieser beim Eintritt in die Große Koalition konzeptionell schon überschritten.

Auch wenn der “demokratische Sozialismus” noch erwähnt wurde – bezeichnenderweise wurde er nicht näher definiert und verschwand bis zur Herausforderung durch die APO mehr und mehr aus den öffentlichen Verlautbarungen –, bedeutete das Godesberger Grundsatzprogramm von 1959 die Abkehr von einer im traditionellen Sinn reformsozialistischen Programmatik. Die unerwartete Prosperität des Nachkriegskapitalismus mit der Folge wachsenden Massenwohlstands, auch das skandinavische Modell eines Sozialismus im Rahmen des Kapitalismus ließ die Vorstellung von der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als einem System zurücktreten gegenüber der Vorstellung, bei den westlichen Industriegesellschaften handele es sich um eine mit gewichtigen strukturellen Mängeln und Ungerechtigkeiten behaftete, aber – unter Nutzung des Marktes als ökonomischem Steuerungsmechanismus – graduell verbesserbare pluralistische Ordnung. Hinzu trat dann die durch Erfahrung begründete Annahme, jede Auseinandersetzung um grundlegende Alternativen würde bei der entpolitisierten, auf Sicherheit bedachten westdeutschen Bevölkerung doch wieder zugunsten der CDU/CSU ausschlagen. Daraus resultierte sowohl die Abneigung der Godesberg-SPD gegen theoretisch-konzeptionelle Debatten (und nicht allein gegen eine bestimmte Theorie) als auch die zum Teil äußerst rigorose, illiberale Art der Durchsetzung der neuen Linie innerhalb der Partei. Man denkt dabei üblicherweise meist an Herbert Wehner; die Haltung Willy Brandts war im Persönlichen toleranter, in der Form konzilianter, aber substantiell, hinsichtlich der Abgrenzung vom Linkssozialismus und von nicht-NATO-konformen Standpunkten, kaum weniger eindeutig. Auch wenn ihm Parteiausschlüsse wie der seines alten SAP-Genossen und Freundes Max Köhler, in diesem Fall wegen kritischer Äußerungen über die Kirchen, weh taten. Was Willy Brandt von anderen, auch früheren Linken, unterschied, war der Respekt gegenüber Standpunkten, die er für falsch hielt, selbst dann, wenn sie ins Grundsätzliche gingen. So erinnere

ich mich, daß er mir Anfang der sechziger Jahre einmal den Unvereinbarkeitsbeschuß gegenüber dem SDS erklärte, indem er meinte, dort seien überwiegend zwar keine Anhänger des Sowjetkommunismus, aber großenteils Leute versammelt, die ein System wie den jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus befürworteten. Das sei eine durchaus ehrenwerte Position, nur habe sie keinen Platz in der SPD. Gelegentlich zweifelte er auch daran, ob die führenden "Falken"-Funktionäre um Harry Ristock in der richtigen Partei seien. Diese kritische Einschätzung hat er später revidiert, so wie Ristock umgekehrt die seine, ebenfalls kritische, Willy Brandts.¹¹

IV.

Es ist offenkundig, daß Willy Brandt das Aufkommen des überwiegend studentischen Protests in seinen Berliner Jahren, also bis Ende 1966, vorwiegend unter dem Blickwinkel der Ämter des Regierenden Bürgermeisters und des Vorsitzenden der erneuerten Sozialdemokratie sah, deren Erscheinungsbild nicht leiden sollte. Zudem konnte die deutschlandpolitische Auflockerung, wie sie der Berliner Kreis um Brandt mit Albertz, Bahr, Schütz u. a. anstrebte, seines Erachtens keine innerstädtischen Irritationen gebrauchen. Auch wenn ihm der Besuch eines Politikers wie des Kongolesen Moise Tschombé im Dezember 1964 gewiß nicht angenehm war, meinte er, selbst solchen Repräsentationspflichten dürfe er sich im Interesse der Stadt nicht entziehen. Als beim Tschombé-Besuch erstmals einige hundert Demonstranten Polizeiketten durchbrachen und Tomaten warfen, fühlte er sich in seiner Amtsführung beeinträchtigt, hinter die er die Frage nach der sachlichen Berechtigung der Demonstration zurückstellte.

Gravierender war die Auseinandersetzung über den Vietnam-Krieg, der im Frühjahr 1965 mit dem Beginn regelmäßiger Bombardierungen des Nordens und mit der Verstärkung der amerikanischen Interventionstruppen eskalierte. Während der SDS ein "Vietnam-Semester" vorbereitete, stellten sich die Bundesregierung und weitgehend auch die veröffentlichte Meinung demonstrativ hinter die USA; selbst die Entsendung von Bundeswehr-Truppen schien nicht ganz ausgeschlossen. In West-Berlin kam es zu Weihnachten 1965 zu einem kuriosen Treuebekenntnis der Tageszeitungen, die eine Geldsammlung durchführten, um den Familien gefallener US-

¹¹ H. Ristock: Neben dem roten Teppich, S. 17; S. Heimann/M. Rexin (Hrsg.): Harry Ristock. Erinnerungen von Weggefährten, Berlin 1993, S. 69.

Soldaten Nachbildungen der Freiheitsglocke übersenden zu können. Als am 5. Februar 1966 an die 2000 meist junge Westberliner, überwiegend Studenten, das war damals sehr viel, gegen den “schmutzigen Krieg” der Amerikaner auf die Straße gingen und am Rande der Demonstration mehrere Eier auf das Amerika-Haus geworfen und die amerikanische Fahne auf Halbmast gesetzt wurden, brach in der Stadt ein Sturm der Entrüstung los. Der Regierende Bürgermeister machte sich zum Sprecher der Empörung, als er vor dem Abgeordnetenhaus den linken Studenten vorwarf, angegriffen zu haben, was den Bürgern Berlins heilig sei: die Freundschaft mit den amerikanischen Beschützern.¹²

Ich hatte im Frühjahr 1965 meinem Vater schwere Vorhaltungen wegen Äußerungen gemacht, die er während einer gemeinsam mit Fritz Erler unternommenen USA-Reise von sich gegeben hatte. Differenzierter und vorsichtiger als Erler, aber in der Substanz gleich, hatte er sich auf die Seite der USA gestellt. Willy Brandt hat bezüglich des Vietnam-Kriegs später eine behutsame und eher implizite Selbstkritik unternommen, sowohl im Hinblick auf die unzureichende Beschäftigung mit den inneren Verhältnissen Südvietnams als auch bezüglich der internationalen Wirkungen des Konflikts. 1965/66 ging es ihm, mit Blick auf Berlin, um die Glaubwürdigkeit amerikanischer Garantien und darüber hinaus um die Entmutigung der angenommenen kommunistischen Hardliner-Fraktionen, gerade damit die Voraussetzungen globaler Entspannung verbessert werden konnten, so seine damalige Analyse. Insofern bestand zu denjenigen, die in Berlin und Westdeutschland gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam auftraten – und das nicht nur im pazifistischen Sinn, sondern von Anfang an überwiegend in eindeutiger Parteinahme für Nordvietnam und die südvietnamesische Befreiungsfront – ein scharfer Gegensatz auch im Inhaltlichen. Dieser begann sich in Willy Brandts Außenministerzeit, scheinbar paradoxerweise, abzuschwächen, als in den USA selbst und unter den NATO-Verbündeten die Kritik an der westlichen Führungsmacht zunahm und ihrerseits zu einem realen Faktor wurde.¹³

Zu der internationalen, eher Distanz zum Vietnam-Engagement der USA befördernden Atmosphäre kam erleichternd hinzu, daß Willy Brandt nicht mehr hauptsächlich auf die spezifischen Mehrheitsverhältnisse in der Berliner SPD – sie galt damals als “die CSU der deutschen Sozialdemokratie” – Rücksicht nehmen, sondern sich an der Meinungsbildung der Gesamt-SPD orientieren mußte. Was das bedeutete, zeigte der Beschluß des Nürnberger

12 W. Brandt: Rede vor dem Berliner Abgeordnetenhaus am 17. Februar 1966, 68. Sitzung, in: Stenographische Berichte des Abgeordnetenhauses von Berlin, IV. Wahlperiode, Bd. IV/V, bes. S. 78.

13 Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 421ff.; Ders., Erinnerungen, S. 397f.

Parteitag im Jahr 1968, den Sofort-Ausschluß von zwei bekannten Berliner Sozialdemokraten des linken Flügels – Erwin Beck und Harry Ristock – durch die Berliner Landesorganisation über eine Satzungsänderung rückgängig zu machen. Mit hunderten anderer hatten sich Beck und Ristock – und zwar ausdrücklich als Sozialdemokraten – am 18. Februar 1968 in West-Berlin an der großen internationalen Vietnam-Demonstration beteiligt.

Vielleicht klingt es etwas zynisch, wenn ich sage, Willy Brandt ist Ende 1966 gerade noch rechtzeitig aus Berlin weggekommen, um auf die dramatischen Ereignisse nach dem 2. Juni 1967 (mit der Erschießung Benno Ohnesorgs) und nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 nicht als unmittelbar Verantwortlicher reagieren zu müssen. Es ist schwer vorstellbar, daß die Wandlung seines öffentlichen Images zu dem eines Förderers der kritischen Jugend andernfalls so reibungslos vonstatten gegangen wäre.

V.

Standen bis 1966/67 Abgrenzung und Abwehr im Vordergrund, so sind Willy Brandts Stellungnahmen zur Jugendradikalisierung in den folgenden Jahren durchweg ambivalent gehalten, allerdings mit tendenziell, aber durchaus nicht geradlinig optimistischerer Note hinsichtlich der erwarteten Wirkungen für die Sozialdemokratie. Die negativen wie positiven Elemente der Bewertung des Phänomens blieben im wesentlichen dieselben, aber die Akzente verschoben sich zum Teil erheblich. Bereits nach Ablauf des turbulenten Jahres 1968 glaubte Willy Brandt auf einem jugendpolitischen Kongreß der SPD von “einem im ganzen positiven Prozeß” sprechen zu können. Das “Aufbegehren der Jugend” habe schon viel bewirkt, “vor allem den Abbau obrigkeitsstaatlichen Denkens”. Neben der “Bereitschaft zur Vorausschau” sei der “Wille zur Reform” in der Gesellschaft stärker geworden.¹⁴

Die Doppelfunktion Brandts als Parteivorsitzender und Außenminister, der sich um eine neue Ostpolitik bemühte, ist dabei stets mitzubedenken, ebenso der Grundtatbestand flächenbrandartiger Ausweitung der APO zwischen den Berliner Polizeiübergriffen während der Proteste gegen den Schah-Besuch im Juni 1967 und den Osterunruhen 1968. Im Bereich der

¹⁴ W. Brandt: Rede vor dem Jugendkongreß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zum Thema “Die junge Generation und die Zukunft der Demokratie” am 11. Januar 1969, in: Ders.: Reden und Interviews 1968-1969, Bonn o. J., S. 119-125, hier S. 125.

Hochschulen geriet eine Organisation nach der anderen in den Sog der Protestbewegung, teilweise und zeitweise bis in die Reihen des Rings Christlich-Demokratischer Studenten und der waffenstudentischen Korporationen – ähnliches galt für etablierte Jugendorganisationen wie Pfadfinder und kirchliche Gruppen. Von den Studenten und Oberschülern sympathisierte, wie auch Meinungsumfragen belegten, im Frühjahr 1968 eine Mehrheit mit der wie immer im einzelnen verstandenen Bewegung, und viele waren demonstrationsbereit, erheblich weniger zu regelmäßiger Aktivität.¹⁵ Nun machte diese, in ihrer Herkunft noch weitgehend bürgerliche Schicht Ende der sechziger Jahre nicht mehr als ein Zehntel der entsprechenden Jahrgänge aus. Wenn Willy Brandt immer wieder auf dieses Faktum hinwies, daß es sich um die Mehrheit der studierenden Minderheit und zusätzlich um eine ziemlich kleine, wenn auch nicht ganz bedeutungslose Minderheit der lohnarbeitenden Mehrheit handelte, dann geschah das gleichermaßen, um die ansprechbaren Teile der APO auf die Gefahr eines völligen Auseinanderklaffens nicht nur der Generationen, sondern auch innerhalb der Jugend hinzuweisen, wie auch, um um Verständnis zu bitten für die Notwendigkeit einer Partei wie der SPD, die Verbindung zur Mentalität der arbeitenden Bevölkerung nicht zu verlieren. Während des Wahlkampfes 1969 und in dessen Vorfeld sollte die SPD “nicht waschlappig erscheinen”, und keinesfalls sollte es ihren Gegnern möglich sein, “auch nicht um die Ecke herum”, sie mit Gewaltaktionen und Gesetzlosigkeit zu identifizieren.¹⁶

In manchen Situationen des Zorns über systematische Störungen, etwa von SPD-Veranstaltungen, drohte Willy Brandt sogar mit der Mobilisierung der schweigenden Mehrheit, wenn er z. B. am 3. Oktober 1968 in einem Brief die Frage aufwarf, ob sich die “gutgesonnenen Bürger” gefallen lassen wollten, daß der “demokratische Rechtsstaat ausgehöhlt und seine Einrichtungen zu einer Ruine gemacht” würden.¹⁷ Zu den Vorfällen, die ihn am meisten empörten, gehörte die tumultartige Demonstration gegen den Besuch des senegalesischen Staatspräsidenten Leopold Senghor, der am 29. September 1968 in Frankfurt den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt.¹⁸ Auf die Beschimpfungen und Rempelen, denen führende Sozialdemokraten eingangs des Nürnberger Parteitags ein halbes Jahr früher ausgesetzt waren, will er hingegen bei allem

15 Der Spiegel, 12. Februar und 20. Mai 1968.

16 Protokoll der Sitzung des Parteirats der SPD am 13. Februar 1969, in: Archiv der sozialen Demokratie, Parteivorstand-Protokolle 11/68-3/69; in dieser Dokumentation auszugsweise als Dokument 6 publiziert.

17 W. Brandt an K. Weishäupl v. 3. Oktober 1968, in: Willy-Brandt-Archiv, SPD-Parteivorsitzender, Allgemeine Korrespondenz, Mappe 83; ähnlich in der Rede vor dem Deutschen Bundestag am 26. September 1968, in: Brandt, Reden und Interviews 1968-1969, S. 69-75, hier S. 70.

18 Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 269 f; und wie die vorangegangene Anmerkung.

Unmut kaltblütig reagiert haben. Der Satz in der Parteitagsrede: “Pöbel bleibt Pöbel, auch wenn junge Gesichter darunter sind”¹⁹, bezog sich nicht zuletzt auf diese soeben hautnah erlebten Attacken. Brandt verwies mehrfach auf seine Lebenserfahrung – das Erlebnis des Untergangs der Weimarer Republik –, wobei er (mit einer Ausnahme)²⁰ und das war ein charakteristischer Unterschied zu manch anderen, auch innerhalb der SPD – nicht die APO mit der NSDAP parallelisieren, sondern auf die Hilflosigkeit des demokratischen Rechtsstaats als Voraussetzung seiner Entlegitimierung hinweisen wollte. Dabei war ihm durchaus bewußt, daß die Linksentwicklung der jungen Intelligenz Deutschlands gegenüber der antiliberal-rechtsnationalistischen Orientierung in der ersten Jahrhunderthälfte und der Indifferenz der Nachkriegsjahre aus sozialdemokratischer Sicht nicht ausschließlich negativ bewertet werden durfte.²¹

Bei der terminologischen Einordnung der Jugendradikalisierung vermied Willy Brandt die Bezeichnungen “sozialistisch” (was im Hinblick auf die Tradition der SPD nahe lag) und “kommunistisch”. Letzteres wurde, wie er wußte, automatisch mit dem Sowjetsystem identifiziert und wäre mit einem noch so qualifizierten Angebot zum Dialog unvereinbar gewesen. Stattdessen sprach er gelegentlich von “Radikalismus”, “Anarchismus” oder der “Neigung zur Revolution” bzw., um die gewalttätige und gewaltbereite Gruppe noch einmal polemisch zu isolieren, außer von “Extremismus” und von “Terrorismus” (s. u.) vereinzelt auch von “Nihilismus”.

Als Vorsitzender der SPD sah Willy Brandt stets die Gefahr eines durch die Revolte von links ausgelösten Rechtsrucks. Tatsächlich ging der größte Wahlerfolg der rechtsextremen NPD bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg im Frühjahr 1968, kurz nach den Osterunruhen, per saldo fast ausschließlich zu Lasten der SPD. Das Parteipräsidium hatte sich am 16. April 1968 “mit aller Entschiedenheit gegen die flagranten, teilweise vorsätzlich organisierten Rechtsverletzungen” gewandt und “die Autorität des Rechtes und die Autorität des Gesetzes” beschworen, die “mit Besonnenheit, aber ebenso auch mit großer Energie” gewahrt werden müßten.²² Diese Erklärung kommentierte den Versuch Zehntausender von Demonstranten, in Reaktion auf das Dutschke-Attentat die Auslieferung der Springer-Zeitungen auch gewaltsam zu

19 W. Brandt: SPD – die vorwärtsstrebende politische Kraft. Rede am 18. März 1968 [Nürnberger Parteitag], in: Ders.: “... auf der Zinne der Partei ...”. Parteitagsreden 1960 bis 1983. Hrsg. v. W. Krause und W. Gröf, Berlin/Bonn 1984, S. 141-167, hier S. 144.

20 Unter dem Eindruck der Anti-Senghor-Demonstration in Frankfurt sprach Brandt am 26. September 1968 im Bundestag von den “neuen Nazis ..., wie immer sie sich nennen mögen”. Brandt, Reden und Interviews 1968-1969, S. 70.

21 Parteitagsrede am 18. März 1968, in: Brandt, “... auf der Zinne der Partei ...”, S. 145.

verhindern. In München fanden dabei zwei Menschen den Tod. “Mit einer verstockten, in den Terrorismus [gemeint waren gewaltsame Vorgänge an den Universitäten] abgleitenden Minderheit” sei ein Gespräch sinnlos geworden, so Willy Brandt am 13. Februar 1969 vor dem SPD-Parteirat.²³ Dabei war ihm die Schwierigkeit durchaus bewußt, von außen einen Spalt in die Protestbewegung zu treiben, denn diese funktionierte eher als ein System konzentrischer Kreise mit fließenden Übergängen, und sofern eine Fraktionierung sichtbar war, verlief sie nach anderen Kriterien als denen, die die SPD vorgab, wie das Bekenntnis zur verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik. Willy Brandt betonte immer wieder, daß es bei dem Versuch der Ausgrenzung der “Extremisten” nicht um die Studenten, auch nicht um die linken Studenten, nicht einmal um diejenigen, die “überkommene Werte und etablierte Ordnungen” vehement und radikal in Frage stellten, ginge.²⁴ Doch zum Zeitpunkt der erwähnten Parteiratssitzung – Mitte Februar 1969 – diskutierte die Bundesregierung über den Vorschlag des Innenministers Ernst Benda (CDU), die NPD und den SDS gleichzeitig zu verbieten. Die SPD-Führung stellte sich nur deshalb quer, weil die CDU/CSU ebenso gleich die DKP mit verbieten lassen wollte, die Justizminister Gustav Heinemann, auch als Signal an den Osten, gerade erst mühsam legalisiert hatte. Übrigens spielte die Verhinderung eines DKP-Verbotsantrags noch einmal eine Rolle, als die sozialdemokratisch geführten Regierungen im Bund und in den Ländern Ende 1972 den sogenannten Radikalenerlaß mit verabschiedeten; er war auch ein Kompromiß mit weiterreichenden Vorstellungen der CDU/CSU.²⁵

In seinem strategischen Ziel, der “heimlichen Koalition zwischen Konservatismus und Revoluzzertum” – in der Universität wie in der Gesamtgesellschaft – die “Koalition der Reformwilligen” entgegenzustellen²⁶, kam Willy Brandt und mit ihm die SPD nicht sehr weit, bis sich die Dauerrevolte mehr oder weniger totlief. Insofern erbrachte das direkte Gespräch – von einem mehrstündigen Treffen des SPD-Präsidiums mit allen ASTA-Vorsitzenden und dem Vorstand des VDS, der Dachorganisation der verfaßten Studentenschaft, im Juni 1967 bis zum jugendpolitischen Kongreß der SPD im Januar 1969 – wenig konkrete Erfolge. Bei dem am 11.

22 Pressemitteilung des Präsidiums der SPD, 16. April 1968, in: Willy-Brandt-Archiv, SPD-Parteivorsitzender, ungeordnet; in dieser Dokumentation als Dokument 3 publiziert.

23 Protokoll der Sitzung des Parteirats der SPD am 13. Februar 1969, in: Archiv der sozialen Demokratie, Parteivorstand-Protokolle 11/68-3/69; in dieser Dokumentation auszugsweise als Dokument 6 publiziert.

24 Zitat ebd.

25 Baring, Machtwechsel, S. 73f., 89ff.

26 W. Brandt: Wir brauchen die Koalition der Reformwilligen, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 21. Februar 1969; auch in: Ders., Reden und Interviews 1968-1969, S. 147-150, hier S. 147.

Januar 1969 in Bad Godesberg als geschlossene Veranstaltung abgehaltenen Kongreß wurde das Dilemma der Sozialdemokratie in ihrem Umgang mit der Jugendradikalisierung ganz deutlich. Den SDS hatte man gar nicht erst eingeladen, auch der 1960 als Gegenründung zum SDS entstandene, aber innerparteilich längst scharf links-oppositionelle Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) erhielt erst Zutritt, nachdem die (angeblich irrtümliche) Mißachtung bei der Kartenvergabe öffentlich ruchbar geworden war. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen gelang es den APO-Sympathisanten unter den Teilnehmern, für mehrere SPD-kritische Resolutionen die Zustimmung der Mehrheit zu erhalten.²⁷

VI.

Dennoch war die Weiterentwicklung der Brandtschen Position unverkennbar. Weil die Analyse umfassender und präziser wurde – in ihren Mittelpunkt rückte seit Frühjahr 1968 das Auseinanderklaffen der generationsspezifischen Erfahrungen der Achtundsechziger einerseits und der Altersgruppen, die die politische Führungsschicht stellten, andererseits sowie die Schwierigkeit, Erfahrungen zu übertragen –, weil die Anliegen der oppositionellen jungen Menschen verstärkt als berechtigt anerkannt wurden, bekam das Werben um gegenseitiges Verstehen und um das Gespräch Substanz und gewann an Glaubwürdigkeit. Lange hatte in den Ansprachen und Briefen ein wenig elaboriertes Einerseits-Andererseits dominiert, wenn etwa die “Verhärtung des Denkens gegenüber der jungen Generation als ebenso schädlich wie eine Verweichlichung des Empfindens”²⁸ zurückgewiesen wurde.

Wohl auch infolge der Herausforderung durch die APO schärfte die SPD 1968/69 wieder ihr progressives, reformerisches Profil und ihre Frontstellung gegen den Konservatismus. Für die Hochschule erkannte Willy Brandt die grundsätzliche Berechtigung der Forderung aus der Studentenschaft und seitens des Mittelbaus nach einschneidender Reform an, wobei offenbar auch die Hoffnung mitspielte, auf diesem Weg einen Teil der studentischen Unruhe kanalisieren zu können. Daneben stand die Aufforderung an die kritische Jugend, sich in den bestehenden Parteien, und das hieß natürlich konkret: in der SPD, zu engagieren; ein Ruf, der in den Jahren

²⁷ SPD-Pressedienst, 13. Januar 1969; Vorwärts, 16. Januar 1969; Albrecht, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund, S. 471f.

²⁸ W. Brandt an K. Weishäupl, 3. Oktober 1968, in: Willy-Brandt-Archiv, SPD-Parteivorsitzender, Allgemeine Korrespondenz, Mappe 83.

um und nach 1970 bekanntlich in großer Zahl erhört wurde.

Klarer als andere, auch sozialdemokratische Politiker erkannte Willy Brandt die elementare Kraft der Jugendradikalisierung, in der er, so in einer Rede auf einer Konferenz der UNESCO am 6. November 1968, jetzt auch ein „Aufbegehren gegen Phänomene der Entfremdung und Entseelung“ in der modernen Industriegesellschaft sah. Es gehe um einen Protest gegen das „Mißverhältnis zwischen veralteten Strukturen und neuen Möglichkeiten“, gegen die „innere Unwahrhaftigkeit des Staates und der Gesellschaft“. „Die Jugend mißt das, was ist, nicht an dem, was war [...], sondern an dem, was sein könnte.“ Es gelte, sich der Herausforderung durch die Protestbewegung der Jugend zu stellen, sich selbst in Frage zu stellen und hinzuzulernen.²⁹ Insbesondere von seiner Partei verlangte Willy Brandt die Fähigkeit und die Bereitschaft zur inhaltlichen Auseinandersetzung. Die Sozialdemokratie sei „diejenige politische Gemeinschaft, die alle wichtigen Impulse, auch die ihrer Kritiker, in sich aufnimmt.“³⁰

Zu dieser Erkenntnis trug der von Willy Brandt wiederholt hervorgehobene internationale Charakter der Studenten- und Jugendbewegung bei, der sich 1968 zwischen Mexiko und Japan offenbarte. Besonders scheinen die Ereignisse in Frankreich Willy Brandt beeindruckt zu haben, wo Studentenproteste im Mai 1968 den größten Generalstreik der französischen Geschichte auslösten – bis an die Schwelle des revolutionären Staatsumsturzes. Mit sicherem Gespür für Gemeinsamkeiten und Unterschiede ging er ferner auf Studentenunruhen in Osteuropa ein, über die manche im Westen sich gefreut hätten, die in ihren eigenen Ländern nur die Staatsautorität befestigen wollten, wie er anmerkte.³¹

Bei diesen Einschätzungen machte sich wohl auch der Einfluß des Staatssekretärs und früheren Freiburger Jura-Professors Horst Ehmke geltend, der damals um die 40 Jahre alt war und insofern in der sozialdemokratischen Führungsschicht zu den Jüngeren gehörte. Ohne die scharfe Kritik am SDS zu unterdrücken, warb Ehmke auf dem Nürnberger Parteitag um einen rationalen Umgang mit der APO, der er bescheinigte, „von guten Absichten, Enttäuschungen, Ängsten, berechtigter wie unberechtigter Kritik und auch von verstiegenen Ideen“ getragen zu sein. Im Anschluß an eine bemerkenswert klare und nüchterne Analyse prognostizierte er, die Unruhe habe „gerade erst

29 W. Brandt: Rede auf der Konferenz der UNESCO in Paris am 6. November 1968, in: Ders., Reden und Interviews 1968-1969, S. 83-86, hier S. 85.

30 W. Brandt: Dispositionen für Parteirat, 28. Juni 1969, in: Willy-Brandt-Archiv, Publizistische Äußerungen, Mappe 313.

31 Parteitagrede am 18. März 1968, in: Brandt, „... auf der Zinne der Partei...“, S. 144f. Vgl. Ders., Begegnungen und Einsichten, S. 262-273.

begonnen” und werde auch nicht auf die Studenten beschränkt bleiben, sondern sei dabei, Schüler und Lehrlinge zu erfassen.³²

Die Jahre 1967-1969 zeigen Willy Brandt als einen lernfähigen Politiker, der auch seine Partei dringend mahnte, eigenen Stillstand, eigene Versäumnisse zu überwinden und die Auseinandersetzung zu suchen. Dabei redete Brandt nie den jungen Linken nach dem Munde; er warnte wiederholt davor, die Probleme der modernen Welt mit dem Griff in ideologische “Mottenkisten” lösen zu wollen. Für die Epoche der wissenschaftlich-technischen Revolution und der beschleunigten internationalen Verflechtung der Wirtschaft benötige man neue Konzepte: “Computer lassen sich nicht mit Ideologien füttern.”³³

Es waren neben Gustav Heinemann, dem die sozialistische Tradition ja fremd war, der aber aus den fünfziger Jahren die Erfahrung der Stigmatisierung einer politischen Randgruppe – seiner Gesamtdeutsche Volkspartei – kannte, und Heinrich Albertz, für den der 2. Juni 1967 zum Ausgangspunkt einer tiefgehenden selbstkritischen Besinnung wurde, linke und linksliberale Intellektuelle wie Günter Grass und Kurt Sontheimer, die Willy Brandt ermutigten, auf die protestierende Jugend zuzugehen, und ihm halfen, ein mehr als oberflächliches Verständnis von ihr zu gewinnen und zu formulieren.³⁴ In leicht idealisierender Interpretation stellte Grass den politischen Generationskonflikt zwischen Willy und Peter Brandt, der öffentlich stark beachtet und von gegnerischer Seite hochgespielt wurde, als eine “pädagogische Lektion” hohen Ranges dar, die er als exemplarisch und vorbildlich propagiert wissen wollte. Meinungsumfragen hatten inzwischen belegt, daß – anders als allgemein vermutet – eine Mehrzahl der Westdeutschen Willy Brandts Toleranz gegenüber seinem ältesten Sohn positiv bewertete, aber annahm, mit dieser Meinung entschieden in der Minderheit zu sein.³⁵ Grass war hier ganz einig mit dem Chefredakteur der “Neuen Gesellschaft”, Leo Bauer, in dessen Zeitschrift Grassens Artikel Anfang 1969 erschien. Bauer hatte Willy Brandt im Mai 1968, auf dem Höhepunkt der Protestbewegung, vor der Neigung “der älteren Sozialdemokraten” gewarnt, “in Kenntnis der im deutschen Volk bestehenden Emotionen” permanent zurückzuweisen und sich anzupassen.

32 H. Ehmke: Der demokratische Verfassungsstaat als fortwährende Aufgabe, Referat, in: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 17. bis 21. März 1968 in Nürnberg. Protokoll der Verhandlungen, Hannover-Bonn 1968, S. 515-530, hier S. 517.

33 Rede auf dem SPD-Jugendkongreß am 11. Januar 1969, in: Brandt, Reden und Interviews 1968-1969, S. 122f.

34 Baring, Machtwechsel, S. 64ff (Baring gehörte selbst zu dem Kreis um Grass); J. Schuster: Heinrich Albertz – der Mann, der mehrere Leben lebte. Eine Biographie, Berlin 1997, S. 183ff.

35 G. Grass: Eine pädagogische Lektion, in: Die Neue Gesellschaft 16 (1969) 1.

Vielmehr müsse die SPD im Zusammenwirken mit den liberalen Medien eine offensive Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit betreiben.³⁶

Die Motive, die der partiellen Einstellungsänderung Willy Brandts zur Jugendradikalisierung der späten sechziger Jahre zugrunde lagen, waren typischerweise gemischt. Man gewinnt im nachhinein den Eindruck, als ob außenpolitische, innenpolitische und innerparteiliche Nützlichkeitsabwägungen, intellektuelle Flexibilität bei der Beschäftigung mit den Problemen der Gesellschaft sowie die zunehmende Bereitschaft, nach sachlich und moralisch berechtigten Antrieben des Protests zu fragen (und diese nicht ohne weiteres als falsch und vorgeschoben abzutun), zusammen- und aufeinander einwirkten. Bloßes Zuhören und Ernstnehmen reichte nicht, gehe dem Dialog aber notwendigerweise voraus. „Wer vom Andersdenkenden annimmt, er könnte nur entweder dumm oder böswillig sein, mit dem ist schwer zu reden. Man muß wissen, daß man auch irren kann,“ sagte Willy Brandt eingangs seiner Rede auf dem mehrfach erwähnten SPD-Jugendkongreß am 11. Januar 1969. „Ohne Verständigung, ohne Ausgleich gibt es keine Demokratie.“³⁷ Und bereits auf dem Nürnberger Parteitag zehn Monate früher hatte er in enger Anlehnung an Formulierungsvorschläge eines Zirkels um Günter Grass festgestellt: „Jugend ist kein Verdienst, Alter ist kein Verdienst. Nach meinen Erfahrungen ist Jugend ein Kredit, der jeden Tag kleiner wird. Die Selbstherrlichkeit junger Leute ist ebenso töricht wie die Besserwisserei der Alten. Das sollte man sich täglich als Vater sagen. Hoffentlich sagen sich das manchmal auch die Söhne.“³⁸ Mit dem Zitat dieses beinahe persönlichen Appells – im Entwurf von Grass und seinen Freunden hatte es „meine Söhne“ geheißen³⁹, - möchte ich schließen, nicht ohne hinzuzufügen, daß die darin ausgedrückte Haltung nach meiner festen Überzeugung nicht nur für mich, sondern auch für andere junge Radikale – ungeachtet weiterbestehender Differenzen – das Tor für eine geistige Wiederbegegnung geöffnet hat.

36 L. Bauer an W. Brandt, 14. Mai 1968, zit. nach P. Brandt u. a.: Karrieren eines Außenseiters. Leo Bauer zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie 1912 bis 1972, Bonn 1983, S. 262. – Leo Bauer überredete Willy und Peter Brandt auch zur Kooperation mit dem „Stern“, der in Nr. 20/1968 einen diesbezüglichen Artikel veröffentlichte.

37 Rede auf dem SPD-Jugendkongreß am 11. Januar 1969, in: Brandt, Reden und Interviews 1968-1969, S. 119, 124.

38 Parteitagsrede am 18. März 1968, in: Brandt, „... auf der Zinne der Partei ...“, S. 145.

39 Baring, Machtwechsel, S. 64.

- 1 Zur Stellungnahme des SPD-Präsidiums vgl. Nr. 3. Brandt bezieht sich auf das Attentat gegen Rudi Dutschke am 11. April 1968, in dessen Folge es in zahlreichen deutschen Städten zu gewalttätigen Demonstrationen und Aktionen kam, bei denen in München zwei Personen ums Leben kamen.
- 2 Brandt bezog sich hier auf die öffentlichen Aufrufe von Seiten des SDS, an den Demonstrationen und Aktionen, so z. B. gegen den Springer-Konzern, teilzunehmen.
- 3 Nau hatte sowohl das Attentat auf Rudi Dutschke als auch die darauf folgenden Gewalttätigkeiten verurteilt. In seiner Erklärung vom 12. April 1969 hieß es weiter: „Die SPD hat als erste der parlamentarischen Parteien im Frühsommer vergangenen Jahres den Dialog mit der gesamten Studentenschaft aufgenommen. Sie hat hochschulpolitische Forderungen der Studentenschaft, die weitgehend ihren eigenen Zielsetzungen entsprechen, nachdrücklich unterstützt. Sie hat besonders durch den Mund ihres Vorsitzenden Willy Brandt die Berechtigung auch einer außerparlamentarischen Opposition anerkannt, jedoch keinen Zweifel daran gelassen, daß mit antiparlamentarischen Gruppen, die die demokratische Grundordnung verwerfen oder sogar mit revolutionären Mitteln beseitigen wollen, kein Dialog möglich ist“ (SPD-Pressemitteilungen und Informationen vom 12. April 1968).
- 4 Brandt erklärte zu den Vorfällen in einem Interview, das am 21. April 1968 in der „Wochenchronik“ des Bayerischen Rundfunks gesendet wurde: „Ich selbst gehöre zu denen, die den Mordanschlag in Berlin für etwas Furchtbares, etwas Scheußliches gehalten haben. Was immer nun auch in den letzten Tagen passiert ist, [ich] werde alles tun, um von mir aus zu appellieren, daß Schluß gemacht wird mit Gewalttätigkeiten und daß Respekt bezeugt wird vor dem Gesetz.“
- 5 Auf das Angebot Kiesingers in seiner Regierungserklärung vom 11. März 1968 an die DDR-Regierung, Verhandlungen über eine Gewaltverzichtserklärung sowie über Sachfragen aufzunehmen, reagierte Ulbricht mit Ablehnung. Am 13. April 1968 verbot die DDR Bundesministern und hohen Ministerialbeamten vorübergehend die Durchreise von Westdeutschland nach West-Berlin.
- 6 Gemeint ist Peter Brandt, der 1968 nach den Osterunruhen wegen zweier Demonstrationsdelikte („Auflauf“) verurteilt wurde.
- 7 Brandt meint damit die Notstandsgesetze.
- 8 Brandt zitiert hier den Schriftsteller Heinrich Böll; am 23. Mai 1968 hatte dieser in großer Sorge um den Bestand der Demokratie – falls die Notstandsgesetze verabschiedet würden – an Brandt geschrieben (AdsD, WBA, A 7, 2).
- 9 Bereits im April des Jahres 1968 hatten Andreas Baader, Gudrun Ensslin u. a. in Frankfurt am Main Brandanschläge auf zwei Kaufhäuser verübt. Hier liegen die Anfänge des Terrorismus der späteren RAF, deren erste Generation von Mitgliedern sich zum Großteil aus der Studentenbewegung rekrutierte.
- 10 Brandt spielte hier auf die Debatte um die Verjährung von NS-Verbrechen an.
- 11 Am 11./12. Januar 1969 fand in Bad Godesberg ein „Kongreß der SPD mit der Jugend“ statt.
- 12 Scherzhaftes Wortspiel: die Brandtsche Wortschöpfung „Tomologie“ steht für „Sektenkunde“.
- 13 Beim Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Schloss Wyden im Kanton Zürich vom 20. bis 23. August 1880 trennte sich die Partei von Johann Most und Wilhelm Hasselmann, denen man anarchistische Bestrebungen vorwarf.
- 14 Auszugsweise abgedruckt in: Berliner Ausgabe, Bd. 4, S. 582.
- 15 Ebenda.
- 16 Eine ganze Reihe von Beschlüssen des Kongresses liefen der Regierungspolitik zuwider. So forderte der Kongress die schrittweise Einführung einer neuen Wirtschaftsverfassung und stellte fest, dass die unabdingbare Voraussetzung für jede Reformpolitik darin bestehe, dass die Reformen „nicht systemerhaltend“, sondern „systemverändernd“ sein müssten. Gleichzeitig betonten die Jusos aber auch, dass sie keinen Bruch mit der SPD anstrebten.
- 17 Wolfgang Roth erläuterte auf dem Kongress die so genannte „Doppelstrategie“ der Jusos. Ein Ansatzpunkt der „Doppelstrategie“ sollte das Schaffen von Konflikten im „Wohnungssektor“ sein, von Konflikten „gegenüber denen, die im Augenblick Eigentümer, d. h. Kapitalisten, an der Wohnung sind“. Gleichzeitig sollten diese Konflikte von den staatlichen Institutionen „aufgenommen“ werden, die gegen diejenigen, die bisher „Gewinne und Profite“ aus dem Wohnungssektor „gezogen haben“, vorzugehen hätten. Ein anderer Schwerpunkt dieser Strategie sollte die „Berufswelt der Arbeitnehmer und die Lage in den Betrieben“ sein.